



ZivilCourage

Magazin der DFG-VK



Kriegsdienstverweigerung – wieder ein notwendiges Thema für die DFG-VK

Die Bedrohung von rechts – eine Herausforderung auch für PazifistInnen

Mahnen, protestieren, demonstrieren, blockieren in Büchel

DFG-VK vor Ort: ... zum Beispiel die Gruppe Mittelbaden

Adressen

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle und DFG-VK-Shop

Werastraße 10, 70182 Stuttgart
Telefon 0711 - 51 89 26 26
Telefax 0711 - 24 86 96 22
E-Mail office@dfg-vk.de
E-Mail shop@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer

Michael Schulze von Glaßer
Telefon 0176 - 23 57 52 36
E-Mail svg@dfg-vk.de

BundessprecherInnenkreis

- Ralf Buchterkirchen
E-Mail buchterkirchen@dfg-vk.de
- Benno Malte Fuchs
E-Mail fuchs@dfg-vk.de
- Jürgen Grässlin
E-Mail graesslin@dfg-vk.de
- Kathi Müller
E-Mail mueller@dfg-vk.de
- Christoph Neeb
E-Mail neeb@dfg-vk.de
- Thorge Ott
E-Mail ott@dfg-vk.de
- Torsten Schleip
E-Mail schleip@dfg-vk.de
- Thomas Carl Schwoerer
E-Mail schwoerer@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverbände und DFG-VK-Gruppen im Internet:
www.dfg-vk.de/kontakte

Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK

Braunschweiger Straße 22
44145 Dortmund
Telefon 0231 - 81 80 32
E-Mail stiftung@dfg-vk.de
www.bertha-von-suttner-stiftung.de

Redaktion *ZivilCourage*

Werastraße 10, 70182 Stuttgart
Telefon 0711 - 51 89 26 20
E-Mail zc@dfg-vk.de
www.zivilcourage.dfg-vk.de

Das DFG-VK-Spendenkonto:

IBAN DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC BFSWDE33XXX

Liebe Leserin, lieber Leser, im dritten Jahr in Folge ist es uns zusammen mit vielen anderen Gruppen gelungen, im kleinen Ort Büchel und dem daneben gelegenen großen Bundeswehr-Fliegerhorst über 20 Wochen mit vielen großen und kleinen Aktionen präsent zu sein. Die Bundesrepublik praktiziert dort die sog. nukleare Teilhabe. In einem Krieg sollen von Büchel aus deutsche Bundeswehrpiloten mit deutschen Jets in Büchel gelagerte Atomwaffen der USA zum „Einsatz“ bringen, also den Tod von Hunderttausenden bewirken. Und das, obwohl die Bundesrepublik bereits 1969 den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet hat, mit dem sie auf den Erwerb von Atomwaffen verzichtet. Die Angst scheint zu sein, dass Deutschlands Stimme in der Welt nicht so viel zählen würde, wenn man nicht wenigstens den kleinen Finger mit am Abzug hätte. Dabei wäre das Gegenteil richtig und ein deutliches Zeichen für eine atomwaffenfreie Welt, wenn die deutsche Regierung die Amerikaner zum Abzug ihrer Atomwaffen aus Büchel auffordern würde. Die Mehrheit der Bevölkerung hätte sie auf ihrer Seite. So klein und abgelegen Büchel sein mag, so groß ist seine Bedeutung. Deshalb ist es gut und richtig, diesen Ort zum Mittelpunkt des Protests zu machen. Marion Küpker hat das Engagement dort koordiniert und gibt in der Titelgeschichte einen Überblick über die diesjährige Dauerpräsenz.

Das zweite große Thema in diesem Heft ist die Kriegsdienstverweigerung. Für die DFG-VK eigentlich ein altes Thema und seit Aussetzung der sog. Wehrpflicht eher randständig. Unter veränderten Bedingungen muss darüber aber wohl wieder diskutiert werden. Stichworte zu diesen veränderten Bedingungen sind: Die Bundeswehr hat Schwierigkeiten, ihren Personalbedarf zu decken, auch deshalb gibt es nun in der CDU eine Diskussion, den Militärdienstzwang wieder einzuführen und mit anderen Dienstverpflichtungen zu koppeln. Die AfD ist ohnehin pro Wehrpflicht. Wie sich die

SPD positionieren würde, weiß man nicht. Immerhin hat ihr Generalsekretär, der früher einmal staatlich anerkannter Kriegsdienstverweigerer war, seine KDV-Anerkennung wieder zurückgegeben, weil er seine Meinung geändert habe. Ich würde mich also freuen, viele Diskussionsbeiträge zu dem ab Seite 10 veröffentlichten Text von Gernot Lennert zu erhalten, in dem er zu taktischen und strategischen Fragen von Kriegsdienstzwang, Dienstverpflichtungen und Verweigerung Stellung nimmt.

Und gefreut habe ich mich bereits darüber: Ein Aktiver der DFG-VK-Gruppe Mainz fand das Titelblatt der vorigen *ZivilCourage*-Ausgabe so gut, dass er es vergrößerte und laminierte; seitdem gehört es als Plakat zur Grundausstattung, wenn in Mainz und Umgebung ein Infostand der DFG-VK ist. Und ein kleiner Hinweis für alle anderen DFG-VK-Gruppen: Das „Why?“-Motiv ist als A2-Plakat im DFG-VK-Shop erhältlich.



Foto: privat



Foto: DFG-VK Mainz

Viel Freude, Anregungen und Einsichten bei der Lektüre des Heftes und insgesamt einen goldenen Herbst wünscht

Stefan Philipp

Die Bedrohung von rechts: eine Herausforderung gerade auch für PazifistInnen

Von Gernot Lennert



Foto privat

Deutschland im Jahr 2018: Nazi-Aufmärsche; Drohungen mit Rassenkrieg, Mord und gewaltsamem Umsturz; Hetzjagden auf anders Aussehende; Umfrage-Erfolge der sich radikalierenden AfD; staatlicherseits Leugnung und Verharmlosung rechtsextremer Bestrebungen und Verbrechen und behördlich vertuschte Verstrickung in den NSU-Terrorismus. Weltweit verbreiten sich autoritäre Regimes und illiberale Demokratien, antidemokratische Politiker werden Präsidenten. Sie propagieren die rücksichtslose Durchsetzung vermeintlich nationaler Interessen und verachten Menschenrechte und internationale friedliche Kooperation.

Aus pazifistischer Sicht eine mehrfache Bedrohung: Faschismus und Nationalkonservatismus sind weltanschaulich das Gegenteil von Pazifismus. Faschismus steht für Verherrlichung von Militär, Gewalt und Krieg, für Diktatur, Menschenrechtsverletzungen und Diskriminierung. Faschismus ist schon ohne Machtübernahme mörderisch. Seit 1990 wurden in Deutschland mehr als 180 Menschen von deutschnationalen und rassistischen Rechtsextremen ermordet. Hinzu kommen die Opfer islamistischer, ebenso als rechts einzustufender Gewalt.

Zwecks friedlicher Kooperation gegründete internationale Organisationen und ein Völkerrecht, das den Angriffskrieg ächtet, sind Errungenschaften des völkerrechtsorientierten Pazifismus. Sie sind massiv bedroht.

Eine ungewohnte Herausforderung für die Friedensbewegung sind rechtsgerichtete Kräfte, die sich selbst als Friedensbewegung gerieren und in die Friedensbewegung ein-

sickern. Oft sind die Grenzen fließend und Hintergründe auch direkt Beteiligten unklar. Der „Friedensmarsch“ einer „Patriotischen Friedensbewegung“ am Antikriegstag 2018 in Hermeskeil mit AfD-Politikern war durchschaubar, ebenso der Auftritt der früher an Demonstrationen gegen die US-Basis Ramstein beteiligten Band *Bandbreite* für die AfD.

Die Friedensbewegung muss die Kriegs- und Aufrüstungspolitik von Nato und USA kritisieren und sich für eine Beseitigung der Spannungen mit Russland einsetzen. Beides sind Anknüpfungspunkte für antiwestliche Deutschnationale, die von einem deutsch-russischen Bündnis träumen.

Es ist naheliegend, die liberale Demokratie und Weltordnung gegen ihre autoritären Feinde zu verteidigen. Doch mit wem? Die vor Trump im Westen noch herrschenden politischen Kräfte und Eliten haben selbst die liberale Ordnung auf dem Weg in die Illiberalität gebracht. Mit dem angeblich alternativlosen Marktradikalismus, beschönigend Neoliberalismus genannt, wurde die demokratische Debatte um verschiedene Konzepte diskreditiert und Millionen Menschen die soziale Sicherheit genommen, die sie jetzt in einer illiberalen Volksgemeinschaft erhoffen. Etablierte Parteien propagieren die totalitäre Zwangsdienst-Idee. In maßloser Selbstüberschätzung haben westliche Demokratien seit den 1990ern das völkerrechtliche Verbot des Angriffskriegs ausgehöhlt zugunsten ihres einseitigen Interventionsrechts, verklärt als „humanitäre Intervention“ und „Schutzverantwortung“. Weder außenpolitisch noch innenpolitisch haben sie dazu gelernt.

Gernot Lennert ist Geschäftsführer der DFG-VK Hessen. <<

Inhalt

Titel

04 Marion Küpker: Mahnen, protestieren, demonstrieren, blockieren in Büchel

Antimilitarismus

10 Kriegsdienstverweigerung – wieder ein notwendiges Thema für die DFG-VK (?!). Anmerkungen zur (neuen) Dienstpflicht-Diskussion
13 Jakob Knab: Traditionspflege ist Geschichtspolitik. Umbenennung von Bundeswehr-Kasernen: Notwendigkeit, Erfolg und Misserfolg

Friedenskultur

14 Dieter Riebe: Der Deutsche Friedenssong-Wettbewerb 2018
27 Willy W. Wolltähr: Nach Ostland wollen wir reiten. Theaterprojekt zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr

DFG-VK vor Ort

19 ... zum Beispiel die Gruppe Mittelbaden – Ernst Rattinger: Beratung der Kriegsdienstverweigerer und internationale Kontakte – die Entwicklung der DFG-VK-Gruppe Mittelbaden

DFG-VK informativ

19 „Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

International

28 David Scheuing: Global betrachtet – Rückblick in einen heißen Sommer

Gedenken

12 Stefan Philipp: (Meine) Erinnerung an Uri Avnery
22 Guido Grünwald: Zur Erinnerung an David McReynolds
24 Wolfram Wette: Rede bei der Trauerfeier für Ludwig Baumann
26 Heiner Häberlein: Zur Erinnerung an DFG-VK-Ehrenmitglied Walter Deindörfer

27 Impressum 28 Literatur 29 Briefe 31 Feldpost 31 Beitrittserklärung



Mahnen, protestie

Resümee der 20 Protestwochen

Von Marion Küpker

Vom 26. März bis zum 9. August mahnten, protestierten und blockierten – im dritten Jahr in Folge – über 2000 Menschen aus ca. 50 Friedensgruppen- und Organisationen. Mit und ohne zivilen Ungehorsam am und im Atomwaffen-Stützpunkt Büchel. Unsere Aktionspräsenz stand in diesem Jahr im Sternenlicht des Friedensnobelpreises, den auch wir als Teil des *Ican*-Netzwerkes (*International campaign to abolish nukes*) miterhalten haben. Die rheinland-pfälzischen Medien berichteten gleich zum Auftakt und auch zum Ostermarsch spürbar ausführlicher über unser Ansinnen.

Ablauf der Proteste und Verhalten der Polizei. Die ersten Gruppen mahnten und blockierten meist wieder in noch höherer Personenanzahl und viel selbstsicherer als in den Jahren zuvor. Die Polizei verhielt sich sogar noch zurückhaltender, als sie es bereits im letzten Jahr getan hatte; offensichtlich hatte sie Absprachen mit der Bundeswehr getroffen: Erst wenn keines der drei wichtigen Zu- bzw. Ausfahrtstore mehr offen war, wurde die Polizei zum Freimachen für ein Tor gerufen; dafür brauchte sie allerdings bis zu einer Stunde Anfahrtszeit. Somit wurden die Autos der SoldatInnen eigenständig von der Bundeswehr zu dem jeweils noch offenen Tor umgeleitet, auch innerhalb der Militärbasis bei Feierabend-Ausfahrtsblockaden.

Die Polizei arbeitete gegenüber den BlockiererInnen wieder einmal mit der Androhung horrender Strafen, die die AktivistInnen zahlen müssten, wenn wichtige Lieferungen zurückgehen sollten. Auch würde sie dieses Jahr das Fotografieren in den Haupteingang und damit in den militärischen Sicherheitsbereich hinein ernsthaft strafrechtlich verfolgen wollen.

Protesten, demonstrieren, blockieren in Büchel

von März bis August am Atomwaffenstandort in der Eifel

Darauf angesprochen, dass sie das auch in den letzten Jahren, allerdings dann folgenlos, angekündigt hätte, reagierten sie verärgert, nahm aber wieder keine Personalien auf. Letztlich gibt es jetzt nach über 20 Jahren Proteste in Büchel immer noch kein einziges Bußgeld oder Verfahren für reines Blockieren oder Fotografieren.

Mit der IPPNW- und *Ican*-Woche (*Internationale Ärzte-Organisation zur Verhütung des Atomkrieges*) begann Anfang Juni das zweimonatige Aktionscamp am Haupttor. Das Blockieren und Mahnen setzte sich wie gewohnt fort, aber es gab auch immer wieder Go-in-Aktionen in den abgesperrten Parkplatzbereich der Bundeswehr. Die Polizei trug dann die BlockiererInnen sanft auf den außen liegenden Seitenstreifen der Wiese und nahm die Personalien auf, manchmal machte sie dort auch Fotos. Niemand wurde mit zur Polizeiwache ins 16 Kilometer entfernte Cochem gebracht. Die PolizistInnen sprachen dann in der Regel einen allgemeinen Platzverweis für die Straße vor den Toren für die kommenden 24 Stunden aus, um damit zu gewährleisten, dass sie nach ihrer Abfahrt nicht gleich wieder kommen müssen. Der Platzverweis hätte dazu führen können, dass bei wiederholter Blockade die bereits notierten AktivistInnen mit zur Wache genommen worden wären. Ich erinnere nur einen Fall im März 2017, als AktivistInnen des Jugendnetzwerkes für politische Aktionen (JunepA) für wenige Stunden ins 60 Kilometer entfernte Koblenz gebracht wurden.

Erstmalig kamen dieses Jahr über 600 Menschen aus sieben evangelischen Landeskirchen zu einem ökumenischen Gottesdienst mit dem Friedensbeauftragten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutsch-

land (EKD), Pastor Renke Brahm. Dieser „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“ fand bewusst am 7. Juli statt, dem Tag, an dem genau vor einem Jahr 122 Staaten den Text des Atomwaffen-Verbotsvertrages beschlossen hatten.

Bereits 2017 verurteilte der Papst die Länder, wie Deutschland, die sich nicht aktiv für den Verbotsvertrag einsetzten, und auch der Bischof von Trier nahm 2017 hiernach an unseren Protesten in Büchel teil. Für die OrganisatorInnen des christlichen Protests ist klar, dass diese Mobilisierung sich in den kommenden Jahren fortsetzen soll.

Die Verbindung der Kämpfe der 1980er Jahre gegen den Nato-Doppelbeschluss, als kirchliche Gruppen

ein wichtiger Teil der Friedensbewegung waren, mit der aktuellen Atomkriegs-Gefahr wird so hergestellt, und viele versprachen, mit noch mehr Menschen in den nächsten Jahren wiederzukommen. Für die Akzeptanz unserer Proteste in der regionalen Bevölkerung ist die Unterstützung der Kirchen sehr wichtig. Damit ist uns dieses Jahr ein großer Fortschritt gelungen!

Go-ins: 27 Mal schnitten AktivistInnen sich durch die Zäune. Direkt im Anschluss an die Veranstaltung der mahnenden ChristInnen startete das internationale Camp mit einer neunköpfigen US- und einer achtköpfigen holländischen *Catholic Workers*-Delegation sowie jungen Men- »





Internationaler Protest auf dem Fliegerhorst-Gelände in Büchel



Startverbot für Atomwaffen: Blockade der Startbahn auf de

» schen aus Italien, Spanien, Frankreich, Russland, Belgien, Österreich, Großbritannien...

Obwohl die militärischen Verantwortlichen nach der „skandalösen“ Go-in-Aktion 2017, bei der fünf Aktive auf einem der Atombunker saßen, erklärt hatten, sie wollten das militärische Sicherheitskonzept überarbeiten, schafften es jetzt fünf Gruppen wieder unbemerkt in den Sicherheitsbereich. Von diesen insgesamt 18 Personen gelangten einige zur Landebahn, und drei Aktive auf einen, sogar neu eingezäunten Atombunker.

Auch sieben Quäker und Christen gelangten wenige Tage darauf auf die Landebahn und verzögerten einen Tornado-Start, nachdem sie selbst die Militärbasis telefonisch über ihren „Aufenthalt im Inneren“ informiert hatten.

Und auch am Hiroshima-Gedenktag wagten sich zwei US-AmerikanerInnen erfolgreich auf einen weiteren

eingezäunten Atombunker im südlichen Teil der Militärbasis. Damit konnte unser Anliegen auch Eingang in die überregionale und die internationale Presse finden.

Bisher führten Go-in-Aktionen in den vergangenen 20 Jahren immer zu Anklagen wegen Hausfriedensbruchs und teilweise wegen Sachbeschädigung, falls auch der Zaun durchschnitten wurde. Die Höhe der Geldstrafen für Nicht-Vorbestrafte belief sich auf max. 40 Tagessätze, es gab aber auch Verfahrenseinstellungen.

Erstmalig 2017 gab es keine Strafbefehle für eine Go-in-Aktion einer 30-köpfigen Gruppe am 16. Juli. Nur der einzige deutsche Teilnehmer an einer Atombunker-Besetzung am 17. Juli 2017, die er mit vier US-AmerikanerInnen durchführte, wurde angeklagt. Mitte Januar 2019 soll seine Berufungsverhandlung in Koblenz sein. Jetzt im Juni haben seine US-MitstreiterInnen bei der Staatsanwaltschaft

in Koblenz gegen die Einstellung ihrer Verfahren protestiert, worüber in den Medien gut berichtet wurde. Anscheinend versucht die Staatsanwaltschaft, internationale AktivistInnen aus Prozessen rauszuhalten. Dagegen gibt es nun eine eigene Prozessstrategie.

Ganz aktuell schickt nun die Bundeswehr, und nicht die Staatsanwaltschaft, Anhörungsbogen an TeilnehmerInnen der Aktion am 16. Juli 2017, denen sie fälschlicherweise eine Ordnungswidrigkeit zur Last legt, die zudem auch bereits verjährt wäre. Es handelt sich dabei also nicht um Strafbefehle und auch noch nicht um Bußgeldbescheide.

Mein Eindruck ist: Die Bundeswehr will Verwirrung stiften, nachdem sie die Proteste nicht eindämmen konnte. Weiterhin gibt es noch die Prozesskampagne *Wider\$pruch* von JunepA des Go-ins aus 2016, die den Zivilen Ungehorsam in Büchel durch die gerichtlichen Instanzen rechtfertigt!





am Bücheler Bundeswehr-Flugplatz



Mit Atomwaffen am Abgrund

Reaktionen in der Region. Die AnwohnerInnen brachten in diesem Jahr noch mehr ihre Sympathie für unsere Aktionen zum Ausdruck. Vergünstigungen bei Einkäufen und immer wieder Zustimmungsausprägungen, begrüßendes Hupen besonders stark nach Aktionen - es gab früher ein Schild: „Bitte hupen, wenn Sie für den Abzug der Atombomben sind!“ - und viele Daumen der AutofahrerInnen, die nach oben zeigen!

Natürlich gibt es gerade aus der CDU auch mit dem Militär verbundene AnwohnerInnen, die Atombomben befürworten bzw. unsere Proteste als Stigmatisierung der Bundeswehr empfinden. Mitte September schrieb die *Rheinzeitung*, dass der CDU-Verbandsgemeinderat Ulmen, die CDU-Ortsverbände Lutzerather Höhe und Ulmen mit dem Ulmener Bürgermeister das „Thema Büchel“ auf die Ratssitzung bringen wollen. Ihr Ziel ist es, ein Zeichen für den

angeblich friedensstiftenden Dienst der Bundeswehr zu setzen und die Demonstrierenden von den EinwohnerInnen räumlich trennen zu wollen. Hierfür sind sie sich nicht zu schade zu behaupten, die Blockaden würden kontinuierlich verhindern, das die umliegende Bevölkerung rechtzeitig zur Arbeit kommt. Das neue Verkehrskonzept der Polizei hingegen ermöglicht, dass – bis auf zwei Ausnahmen in den 20 Wochen – nur der Militärverkehr blockiert wurde. Andersherum sind es gerade die CDU-Abgeordneten, die sich weigern, den Atomwaffen-Verbotsvertrag zu unterzeichnen, wozu *Ican* die Abgeordneten der Parteien auffordert.

Es ist also an der Zeit, dass auch die Menschen in der Region, z.B. mit Aufklebern oder gelben Holzkreuze im Garten, offen ihre Atombomben-Abkehrung zeigen, wie es erstmalig beim Karneval an der Mosel dieses Jahr von jungen Menschen gesehen ist.

Was passiert 2019. Da frühestens 2020 die „einsatzfähige“ B61-12-Atombombe in den USA in Produktion gehen soll, hat das kommende Jahr eine besondere Bedeutung: Mit Aktionen Zivilen Ungehorsams in Büchel wollen wir den Druck auf die Regierung erhöhen. Wir wollen keine neuen Atombomben in Büchel! Abrüstung statt Aufrüstung!

Die Selbstverpflichtungserklärung – mindestens einmal im Jahr nach Büchel zu den Protesten zu kommen – wurde bisher von 287 Menschen unterschrieben, weitere 230 Menschen erklärten sich bisher mit unseren Protesten, inklusive dem zivilen Ungehorsam, solidarisch und würden gelegentlich nach Büchel kommen. Dazu solidarisieren sich mehr als 400 Menschen aus dem Ausland.

Mittlerweile haben genug Menschen vor Ort Erfahrung gesammelt und sind bestens über die Kampagne informiert. >>





Protest mit der Peace-Fahne vor dem Haupttor des Fliegerhorsts in Büchel

» Im September trafen sich 34 Aktive zum offenen Strategietreffen des Kampagnenrates Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt! und vereinbaren:

2019 wird es wieder eine 20-wöchige Aktionspräsenz geben, diesmal mit einer „heißen Phase“ von voraussichtlich mehreren Wochen im Juli. Möglichst viele Gruppen und Einzelpersonen können so in einem kürzeren Zeitraum zusammenkommen, an dem

reiere Tage oder auch Wochen vor Ort zu sein - so können Platzverweise in Kauf genommen werden, die mit mehr Zeitbudget nicht einschüchtern können. In der diesjährigen Aktionspräsenz hatten bereits Gruppen viel Freude an spektrenübergreifenden Aktionen.

Wenn durchschnittlich 200 Menschen in der „heißen Phase“ tagtäglich Aktionen Zivilen Ungehorsams machen, könnte dieses den Durch-

alle gemeinsam Mahn-, Blockade-, Entzäunungs- und Go-in-Aktionen durchführen, je nachdem, was jede/r für sich verantworten kann. Gemeinsam bereit sein, dieses Mal möglichst für meh-

bruch bringen. Bei der Musik-Vollblockade von 2013 waren tagsüber 700 Leute präsent! Wieder wird am 7. Juli (Verbotsvertrag), einem Sonntag, das religiöse Spektrum stark vertreten sein. Am darauffolgenden Wochenende sollen internationale Netzwerktreffen und Podien mit den europäischen Widerstandsgruppen stattfinden; in diesem Jahr waren es die US-Delegierten, die von den B61-12-Produktionsstätten aus den USA berichteten. Die internationale Woche wird voraussichtlich länger sein – vom 6. bis 18. Juli –, und der 16. Juli darin wieder der wichtigste Aktionstag (Trinity-Atombombenabwurf). „Die Internationalen“ mischten sich dieses Jahr mit den anderen Bezugsgruppen, damit auch sie angeklagt werden müssten. Ich bin gespannt, wieviel Gruppen und Menschen in diesen Zeitraum kommen werden – und hoffe auf viele!

Marion Küpker ist internationale Koordinatorin der DFG-VK gegen Atomwaffen. ‹‹

DFG-VK-Shop

shop.dfg-vk.de
shop@dfg-vk.de
0711 - 51 89 26 26
Werastraße 10
70182 Stuttgart



EIN KOCH LERNT KOCHEN,
EIN SCHLOSSER SCHRAUBEN,
EIN SOLDAT TÖTEN!
OHNE MICH! LIEBER EINEN
ZIVILEN ARBEITSPLATZ!

MALI
EINSATZ
BEENDEN!
BUNDESWEHR
ABSCHAFFEN!
www.dfg-vk.de

DROHNEN
ÄCHTEN!
www.drohnen-kampagne.de

- Flyer
- Broschüren
- Bücher
- Zeitschriften
- CDs/DVDs
- Buttons
- Aufkleber
- Luftballons/Pfeifen
- Fahnen/Banner
- Plakate
- Taschen/Textiles/Co.

Kein d
Militäreinsatz
in Syrien!

Teilnehmende an den Aktionswochen 2018 in Büchel

Gleich mit einer Auftaktkundgebung starteten die BürgermeisterInnen für den Frieden mit Bürgermeister Hermann der Hiroshima-Partnerstadt Hannover, dem grünen Oberbürgermeister Treis der Stadt Mayen/Eifel sowie dem Ortsbürgermeister und Ökostrom-Pionier Pestemer aus Neunkirchen/Hunsrück. Es folgten zwei Mal ein fünftägiges Kreuz-Mahnen durch Pfarrer Schmid; der bisher größte Bücheler Ostermarsch mit 400 Teilnehmenden; Dienstags-Mahnwachen der Friedensfreund*innen Eifel; die Gruppe Traumfänger Köln; Bonn goes Büchel; Grundrechtekomitee; Frauennetzwerk für den Frieden; Pazifik Netzwerk e.V.; Frauenaktion „No to Nato“ am 175. Geburtstag von Bertha von Suttner; Ican- und IPPNW-Woche mit internationalem Symposium; DFG-VK-Gruppe Köln; Gottesdienst der evang. Kirchengemeinde Maifeld; Stopp Airbase Ramstein mit Live-Musik von Morgain; Kampagne „Krieg beginnt hier“; Pilgerweg; Pax Christi; Forum Friedensethik (FFE); evangelische Landeskirchen aus Baden, Bayern, Hessen-Nassau, Kurhessen-Waldeck,

der Pfalz, dem Rheinland und aus Württemberg, ökumenischer Gottesdienst mit Pastor Renke Brahm; Esslinger Friedensbündnis; internationales Mutlanger Jugendworkcamp; internationale Woche der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA) und Nukewatch mit einem Medientag und internationalem Symposium; DKP und SDAJ mit Workshops; Bremer Friedensforum; Netzwerk Friedenssteuer; Quäker; Aschaffener FriedensstromeierInnen; Kunstwerke von Martina Jäger, Attac/DFG-VK; US-Veterans for Peace; Düsseldorfer Eifelreue; Friedensforum Duisburg und Anti-Atom-Bündnis Niederrhein; Friedensgruppe Daun am Hiroshima-Gedenktag mit den linken Bundestagsabgeordneten Katrin Werner, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Brigitte Freihold, Andrej Hunko sowie den Landesvorsitzenden von Grünen und Linke Jutta G. Paulus und Jochen Bülow; Konzert mit Öyez Blues Band; Friedens-Kirchenglocken-Einweihung auf der angrenzenden Friedenswiese; zuguterletzt am Nagasaki-Gedenktag (9. August) die Andacht und der Abschluss der Fastenaktion mit Pfarrer Engelke vom Internationalen Versöhnungsbund.

Der Kölner Musiker Gerd Schinkel spielte zum Auftakt- und zur Abschlussveranstaltung mit Gitarre. Die regionale Band In Pure Country unterstützte die Internationale Woche mit einem Camp-Konzert. Am Hiroshima-Gedenktag gab es ein Solidaritätskonzert der Öyez Blues Band mit einem zusätzlichen örtlichen Chor. Ann Suellentrop aus Kansas City hielt einige Vorträge zur US-Atomwaffen-Produktion der neuen B61-12-Atombomben sowie den US-Widerstand dagegen in den umliegenden Städten Mayen, Koblenz, Daun. Die regionale Sängerin Nicole Mercier unterstützte alle diese Vorträge mit einem bewegenden musikalischen Beitrag. Hubert aus Aachen sowie Susan und John aus den USA waren zusätzlich über fünf Wochen für die Campbetreuung vor Ort. Weitere neue Menschen aus der Region unterstützten aktiv unsere Camp-Infrastruktur; das tat auch Heiko, der uns die Warmwasser-Dusche angeschlossen hat. Allen möchte ich hiermit noch mal einen großen Dank aussprechen und mich bei denen entschuldigen, die ich hier jetzt vergessen!

Marion Küpker

Don't militarize me!

Vernetzungstreffen junger Friedensaktivist*innen
26.-28. Oktober 2018 | Kassel

Hey, hast du Lust auf ein Treffen vieler junger Leute, die sich für Frieden und Antimilitarismus einsetzen? Hast du Lust dich mit Aktiven aus anderen friedenspolitischen Organisationen zu vernetzen und dich darüber auszutauschen, wie wir einer Welt ohne Gewalt und Krieg näherkommen können?

Dann komm vom 26. bis 28. Oktober 2018 nach Kassel!

An dem Wochenende kommen die jungen Leute der IPPNW, der DFG-VK, von JunepA und weiteren Friedens- und antimilitaristischen Organisationen zusammen. Es wird Workshops, Diskussionen und kreative Aktionen zu friedenspolitischen Themen sowie natürlich auch Zeit zum direkten Austausch und zur Vernetzung geben.

Konkret sind aktuell schon Workshops zu den Themen Atomwaffen, Rüstungsexporte, Gender und Militär sowie zivile Ungehorsam geplant. Für den Abend des 27. Oktober wollen wir eine Nachtanzdemo – „Beats not Bombs - Rüstungsindustrie wegbassen!“ – mit einem anschließenden Konzert veranstalten, da in Kassel viele Rüstungsbetriebe Panzer und anderes Militärgerät bauen. Stattfinden wird unser Treffen in den Räumen der Universität Kassel, geschlafen wird in einer Turnhalle, für eure Verpflegung wird gesorgt. Die Fahrtkosten werden für DFG-VK Mitglieder bis zu einem Betrag von 60 Euro übernommen.

Melde Dich jetzt per Mail an mueller@dfg-vk.de für das Treffen an!

Wir freuen uns auf dich!



Kriegsdienstverweigerung – wieder ein notwendiges Thema für die DFG-VK (!?)

Anmerkungen zur (neuen) Dienstpflicht-Diskussion

Viele in der CDU haben es bis heute nicht verkraftet, dass die sogenannte Wehrpflicht im Jahr 2011 ausgesetzt wurde. Schließlich gehört es zum konservativen Selbstverständnis, dass der Staat seine BürgerInnen selbstverständlich „in die Pflicht“ und „in Dienst“ nehmen darf.

Das Grundverständnis des bundesdeutschen Staates ist aber gemäß seiner Verfassung ein völlig anderes: Nach dem Grundgesetz ist die unantastbare Menschenwürde die oberste Maxime. Deren Achtung und Schutz „ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“, wie es Art. 1 Abs. 1 des Grundgesetzes unveränderbar festlegt. Darum bekenne das sich „Deutsche Volk ... zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“, so festgeschrieben in Art. 1 Abs. 2 GG. Schließlich (so Art. 1 Abs. 3 GG): Die im ersten Abschnitt der Verfassung formulierten Grundrechte „binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.“ Auf den Punkt gebracht heißt das: Der Staat ist für die Menschen da, nicht die Menschen für den Staat.

Eines der Grundrechte ist die Berufsfreiheit nach Art. 12 Abs. 1 GG und, dass nach Abs. 2 „niemand zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden“ darf, „außer Im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.“ („Herkömmlich“ als notwendige Vorbedingung könnte allenfalls der Nazi-Reichsarbeitsdienst sein ...) Alle Pläne für eine Dienstpflicht sind also erstmal: grundgesetzwidrig! Sie verstoßen gegen Wortlaut und Geist der Verfassung.

Und die sog. Wehrpflicht? Die ist nach Art. 12a Abs. 1 GG als „Kann-Möglichkeit“ erlaubt. Von der Systematik des Grundgesetzes her ist sie eine Ausnahme zu den Garantien des Art. 12, Abs. 1 und 2 GG und nur im Zusammenhang mit „Verteidigung“ zulässig. Wenn der Gesetzgeber sie gesetzlich einführt, dann muss ihre Durchführung „gleich und gerecht“ sein. Wegen des KDV-Grundrechts bestimmt Art 12a Abs. 2 GG, dass Kriegsdienstverweigerer zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden können. Einen eigenen Zweck aus sich heraus hat dieser Dienst nicht, er ist Ersatz für den verweigerten Dienst bei der Bundeswehr.

Trotz dieser Rahmenbedingungen und wohl, um dem konservativen Kern der CDU „Zucker“ zu geben, hat die Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer im August eine Dienstpflicht-Diskussion „losgetreten“ und auch eine Wiedereinführung der sog. Wehrpflicht ins Gespräch gebracht.

Der DFG-VK-Bundesverband reagierte schnell darauf und stellte eine Aktionspostkarte „Reaktivierung der Wehrpflicht? Ohne mich!“ her, auf deren Rückseite man dem „Bundesministerium der Verteidigung“ mitteilen kann, dass man den Kriegsdienst mit der Waffe nach Art. 4 Abs. 3 GG verweigere.

Gernot Lennert, DFG-VK-Landesgeschäftsführer in Hessen, hat diese Reaktion im E-Mail-Verteiler für Aktive und Bundesausschuss-Delegierte Anfang September ausführlich kritisiert.

Die *ZivilCourage* veröffentlicht diesen Text von Gernot Lennert und will damit eine breitere Diskussion in der DFG-VK anstoßen.

Stefan Philipp

Dass der Bundesverband der DFG-VK schnell auf die Debatte um Reaktivierung des Kriegsdienstzwangs reagiert hat, begrüße ich. Die Postkarte dazu ist jedoch politisch widersprüchlich.

Auf der Vorderseite heißt es: „Reaktivierung der Wehrpflicht. Ohne mich!“ Auf der Rückseite kann dem Verteidigungsministerium mitgeteilt werden, dass man unter Berufung auf Art. 4 Abs. 3 des Grundgesetzes den Kriegsdienst mit der Waffe verweigere.

Die Forderung, den Kriegsdienstzwang (in der sachlich unzutreffenden Militär-Propagandasprache „Wehrpflicht“ genannt) nicht zu reaktivieren, hat nichts mit der Verweigerung gemäß Art. 4 Abs. 3 GG zu tun. Die beiden Dinge stehen sogar im Widerspruch zueinander. Auf der Vorderseite der Postkarte wird der Kriegsdienstzwang abgelehnt, auf der Rückseite wird ein kriegsdienstzwangskonformes Verhalten propagiert.

Abgesehen von denen, die sich freiwillig in die Bundeswehr begeben haben und versuchen, mit einem Antrag auf Kriegsdienstverweigerung (KDV) diesem besonderen Gewaltverhältnis wieder zu entgehen, ist ein solcher Antrag nur innerhalb des aktivierten Zwangsdienstsystems sinnvoll, und das auch nur unter bestimmten Umständen.

Eine Verweigerung gemäß Art. 4 Abs. 3 GG bewahrt nicht vor dem Kriegsdienstzwang an sich. Im Fall der Anerkennung muss, wenn die Bestimmungen von Wehrpflicht- und Kriegsdienstverweigerungsgesetz wieder voll angewendet würden, an Stelle des Zwangskriegsdienstes mit der Waffe ein Zwangskriegsdienst ohne Waffe geleistet werden.

Eine solche Verweigerungserklärung ist keine Aussage gegen den Kriegsdienstzwang an sich. De facto wird der Wunsch geäußert, innerhalb des Zwangsdienstsystems statt Militärdienst Zivildienst ableisten zu dürfen.

Hintergrund: Teile der CDU fordern eine Wiedereinführung der seit 2011 ausgesetzten Wehrpflicht. Junge Männer und Frauen sollen dazu verpflichtet werden sich an der Waffe auszubilden zu lassen. Damit soll der Nachwuchsbedarf der Armee gedeckt werden um z.B. Auslandseinsätze durchführen zu können.

Hiermit verweigere ich den Kriegsdienst mit der Waffe unter Berufung auf Artikel 4 Absatz 3 des Grundgesetzes („Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.“).

NAME: _____

STRASSE: _____

PLZ/ORT: _____

UNTERSCHRIFT: _____



Ihre KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK, Ahrenstraße 10, 53123 Bonn) ist sich seit über einhundert Jahren international und in Deutschland bereits existierende junge Menschen dieser Meinung. Weitere Informationen: WWW.DFG-VK.DE

der Verteidigung
Fontainengraben 150
53123 Bonn

DFG-VK

mer aussprechen, stellen vermeintlich nützliche nicht-militärische Zwangsdienste in den Vordergrund. Die Bundeswehr könnte sowieso nicht Hunderttausende aufnehmen. Also ist zu erwarten, dass sowohl bei Reaktivierung des Kriegsdienstzwangs als auch bei Einführung neuer ziviler Zwangsdienste die meisten Zwangsdienstleistenden nicht-militärische Dienste leisten werden. In diesem Szenario wären reine Militärdienstverweigerer kein Störfaktor, sondern als Arbeitskräfte sehr willkommen.

Gegenwärtig ist eine allgemeine Dienstpflicht ohne Bezug zu Militärdienst verfassungs- und völkerrechtswidrig. Wenn der Kriegsdienstzwang entsprechend dem gültigen Wehrpflichtgesetz reaktiviert würde, wäre eine Verweigerung gemäß Art. 4 Abs. 3 GG sogar die einzige Möglichkeit, jemanden zu einem zivilen Dienst zu zwingen, wäre also dem Staat und der Zwangsarbeitslobby sehr willkommen. Denn nur KDV gemäß Art. 4 Abs. 3 GG können zu Zivildienst gezwungen werden, sonst niemand

Ein zweites mögliches Modell ist das seit diesem Jahr in Schweden praktizierte, das auch im Bundestag untersucht wird. In Schweden werden 4 Prozent eines Jahrgangs zum Militär einberufen. In Deutschland könnte das mit einem mehr oder weniger umfangreichen System ziviler Dienste verknüpft werden. Ein Antrag auf KDV »

In einer Situation, in der kein Mensch gezwungen ist, sich auf ein KDV-Verfahren einzulassen (schon erwähnte Ausnahme: Bundeswehrosoldat*innen), ist die Propagierung der KDV gemäß Art. 4 Abs. 3 GG ein politisches Bekenntnis zu einem von Staat und Militär vorgegebenen eingeschränkten Recht auf KDV.

Seine wesentlichen Merkmale:

- Beschränkung auf Gewissensgründe; alle anderen Gründe gelten nichts;
- Beschränkung auf genau die von Staat und Militär als Gewissensgründe anerkannten Gründe;
- Prüfung des Gewissens;
- Zwang zur Ableistung eines Ersatzdienstes.

Das ist weit von einem Menschenrecht auf KDV (d.h. für alle ungeachtet ihrer Motivation oder ihrer Persönlichkeit) entfernt, das die DFG-VK fordern sollte und auch schon gefordert hat. Zwangsrekrutierung wird damit nicht in Frage gestellt, sondern als gegeben vorausgesetzt.

Vor allem angesichts der gegenwärtigen Kampagne für Zwangsdienste sollte jedoch gegen die Reaktivierung des Kriegsdienstzwangs argumentiert werden. Es sollte nicht die Logik des Kriegsdienstzwangssystems übernommen werden.

Der Aufruf zur KDV gemäß Art. 4 Abs. 3 GG ist ein Aufruf, sich diesem Zwangsdienstsystem, dessen Reaktivierung verhindert werden sollte, schon jetzt im vorseilenden Gehorsam zu beugen. Die Botschaft ist: Es gibt Leute, die bereit sind, im Rahmen des Zwangsdienstsystems im Anerkennungsfall Zivildienst zu leisten.

Warum sollte das Staat und Militär davon abhalten, den Kriegsdienstzwang zu reaktivieren? Warum sollte das im Widerspruch zur gegenwärtigen Kampagne stehen, in der entweder die Reaktivierung des Kriegsdienstzwangs oder ganz neue Zwangsdienste oder eine Kombination aus beidem propagiert wird?

Die meisten, die sich für eine Dienstpflicht welcher Art auch im-

» gemäß Art. 4 Abs. 3 GG führte dann in einen Zivildienst welcher Art auch immer und wäre auch in diesem Szenario sehr systemkonform.

Ein Antrag auf KDV gemäß Art 4, Abs. 3 GG führt bei voller Reaktivierung des Kriegsdienstzwangs zu zwei Menschenrechtsverletzungen: Erstens Gewissensprüfung, zweitens im Anerkennungsfall Zwangszivildienst und im Nicht-Anerkennungsfall zu Militärdienst oder Strafverfolgung.

Das bedeutet: Solange es nicht nötig ist, einen solchen Antrag zu stellen, um unmittelbar drohenden Dienst in der Bundeswehr oder Gefängnis abzuwehren, ist es weder politisch noch rechtlich ratsam, zu propagieren, sich darauf einzulassen.

Wenn die DFG-VK es trotzdem tut, könnte der Eindruck entstehen, dass ihr der repressive und menschenfeindliche Charakter der KDV gemäß Art. 4 Abs. 3 GG nicht bewusst ist.

Zu den rechtlichen Folgen für Menschen, die eine solche Erklärung unterschreiben oder im Kontext der reaktivierten Zwangsrekrutierung einen Antrag auf KDV gemäß Art. 4 Abs. 3 GG stellen.

Menschen ohne Aufklärung über die rechtlichen Folgen oder Nicht-Folgen zur Absendung dieser Postkarte zu ermuntern, halte ich für fahrlässig.

- Erstens wird der Eindruck erweckt, irgendjemand außer Bundeswehrosoldat*innen könne zur Zeit einen wirksamen Antrag auf KDV stellen. Das ist aber nicht der Fall. Sachkundige

ge könnten aber tatsächlich glauben, dass sie durch Absendung der Karte einen solchen Antrag gestellt hätten, was dazu führen könnte, dass sie es versäumen, ihn zu stellen, wenn es einmal ratsam oder nötig sein sollte.

- Zweitens wird der Eindruck erweckt, ein KDV-Antrag bestünde nur aus einer solchen einfachen Erklärung. Das halte ich gegenüber der Öffentlichkeit, die bezüglich des KDV-Rechts heute noch ahnungsloser ist als früher, für eine verharmlosende Darstellung des Verfahrens. Es wird verschwiegen, dass zum Antrag noch ein Lebenslauf und eine Begründung gehören und dem Antrag die Gewissensprüfung folgt.

- Drittens müssen Anträge an das zuständige Karriere-Center der Bundeswehr geschickt werden, nicht ans Ministerium. Die ans Ministerium adressierte Karte verbreitet eine Falschinformation, die Menschen in die Irre führen kann. Die falsche Adressierung eines echten Antrags könnte fatale Folgen haben (Ungültigkeit, Fristversäumnis durch verspätete Weiterleitung ...).

- Viertens könnte der Eindruck entstehen, dass die DFG-VK bezüglich des Kriegsdienstverweigerungsrechts keine Ahnung hat.

Es ist zwar höchst unwahrscheinlich, aber denkbar, dass die Bundeswehr diese Postkarten nicht als rechtlich irrelevant verwirft, sondern tatsächlich zu einem späteren Zeitpunkt als Anträge auf KDV wertet. Das könnte Nachteile mit sich bringen, wenn

z.B. Leute vollkommen unvorbereitet und unerwartet oder zu einem für sie nachteiligen Zeitpunkt aufgefordert würden, die fehlenden Antragsunterlagen nachzureichen und dann die Frist verpassen und prompt abgelehnt werden.

Hinzu kommt, dass niemand wissen kann, was passieren wird. In den letzten Jahren vor Aussetzung des Kriegsdienstzwangs haben wir dringend davon abgeraten, voreilig einen Antrag auf KDV zu stellen, sondern erst einmal abzuwarten, ob die Bundeswehr überhaupt Interesse an einer Einberufung zeigt. Wer damals unbeachtet und ohne jede Notwendigkeit einen Antrag auf KDV gestellt hat, verurteilte sich selbst zur Ableistung von Zivildienst, die er ohne diese Antragstellung mit hoher Wahrscheinlichkeit hätte vermeiden können.

Es ist durchaus denkbar, dass bei Reaktivierung des Kriegsdienstzwangs wieder ähnliche Verhältnisse entstehen, wenn z.B. dem oben erwähnten neuen schwedischen Modell gefolgt würde. Dann wäre es verheerend, wenn wir vorher Werbung für eine Antragstellung gemäß Art. 4 Abs. 3 GG gemacht hätten.

Fazit: Wenn wir die Reaktivierung des Kriegsdienstzwangs ablehnen, sollten wir auch konsequent und logisch dagegen argumentieren. In rechtlichen Fragen sollten wir Kompetenz demonstrieren und an die etwaigen Folgen denken.

Gernot Lennert <<

(Meine) Erinnerung an Uri Avnery

Kurz vor seinem 95. Geburtstag starb am 20. August der israelische Friedensaktivist Uri Avnery. Weltweit wurde er in zahlreichen Nachrufen gewürdigt, die im Internet nachzulesen sind. Meine Begegnung mit ihm war am 23. März 2001 bei einer gewaltfreien Aktion beim palästinensischen Dorf Rantis im von Israel besetzten Westjordanland. An zahlreichen Orten dort hatte Israel die Zufahrtsstra-

ßen zu Dörfern aufgerissen und sie so isoliert. Der von Uri Avnery mitgegründete „Friedensblock“ (Gush Shalom) hatte dazu aufgerufen, diese „Belagerung“ zu beenden und die Gräben von Hand zuzuschütten. Mit einer Gruppe junger Kriegsdienstverweigerer, die im Rahmen des Zivildienstes zu einer Bildungsreise in Israel und Palästina waren, beteiligte ich mich daran.

Stefan Philipp



Traditionspflege ist Geschichtspolitik

Umbenennung von Bundeswehr-Kasernen: Notwendigkeit, Erfolg und Misserfolg

Von Jakob Knab

Am 28. März wurde die Emmich-Cambrai-Kaserne in Hannover nach Hauptfeldwebel Lagenstein, der im Mai 2011 in Afghanistan ums Leben kam, benannt. General von Emmich, der bisherige Namensgeber, hatte Anfang August 1914 der belgischen Zivilbevölkerung mit Gräueltaten gedroht. Doch dessen schuldhaftige Verstrickungen wurden bei jener geschichtspolitischen Inszenierung von Hannover totgeschwiegen. Es war nur die Rede von jenen „hohen Orden“, mit denen „die Leistungen des Generals“ im Ersten Weltkrieg gewürdigt wurden. Nachdem die Ministerin den neuen Traditionserlass unterzeichnet hatte, stellte sie diese grundlegenden Fragen: „Was macht uns eigentlich aus? Woher kommen wir? Was können wir aus der Geschichte für das Heute lernen? Was gibt unserem Handeln Sinn?“

Freilich macht es keinen Sinn, dass die Kaserne in Hagenow weiterhin nach dem frömmelnden Rassentümler Ernst Moritz Arndt (1769-1860) benannt ist. Für ihn waren die Juden „Ungeziefer“, er wollte den „Hass zur Religion des deutschen Volkes“ machen. Im NS-Regime war dieser Hassprediger ein historisches Leitbild: „In Ernst Moritz Arndt, dem begeisterten Freiheitshelden und Vorkämpfer für das Dritte Reich, hat die heutige Jugend ein hinreißendes Beispiel von vaterländischer Begeisterung gefunden.“ In Hagenow wurde nun darüber beraten, ob Arndt weiterhin eine sinnstiftende Tradition begründen könne. Man kam zum positiven Schluss, dass dieser Kämpfer gegen Napoleon „Anknüpfungspunkte und Identifikationsmöglichkeiten“ biete. „Die Tilgung des Namens der Kaserne in Hagenow“, so hatte die AfD Meck-Pomm gewarnt, „wäre ein weiterer Kniefall vor der politischen Korrektheit und ein Ausdruck

unseres schleichenden Identitätsverlustes.“

Historisch bedenkliche Namensgebungen finden sich vor allem im Norden der Republik. Die nördliche Mole des Tirpitzhafens in Kiel ist benannt nach Admiral Scheer, dem einst legendären Sieger der Schlacht von Skagerrak. Er dachte nur in Militärkategorien. Als im August 1917 Matrosen gegen menschenunwürdige Schikannen durch Vorgesetzte und gegen die schlechte Versorgung protestierten, wurden sie in einem Schauprozess wegen eines „vollendeten Aufstandes im Kriege“ angeklagt. Über 50 Matrosen wurden in weiteren Prozessen zu 400 Jahren Zuchthaus verurteilt. Admiral Scheer bestätigte die Todesurteile gegen die beiden „Rädelsführer“ Albin Köbis und Max Reichpietsch, die dann am 5. September 1917 vollstreckt wurden.

Die Erinnerungen des Konteradmirals Rolf Johannesson „Offizier in kritischer Zeit“ (Neuaufgabe 2016) gelten als maritimes Kultbuch. In der Aula der Marineschule Mürwik (MSM) bei Flensburg ist dessen Büste auf einem Ehrensockel ausgestellt – just neben jener des Widerstandskämpfers Alfred Kranzfelder, dessen Leben am 10. August 1944 in Plötzensee am Fleischerhaken endete. Zweimal jährlich wird in der MSM-Aula der „Admiral-Johannesson-Preis“ verliehen. Für den Musteradmiral war Soldatsein ein „Beruf sui generis“. Im August 1944 räsionierte er darüber, dass die Waffen darüber entscheiden würden, ob Hitler „ein Segen oder ein Fluch für Deutschland“ sei. Als kurz vor Kriegsende ein britischer Großangriff auf Helgoland bevorstand, beschlossen fünf Männer auf der Insel, die weiße Flagge zu hissen, um sinnlose Opfer zu vermeiden. Sie wurden verra-

ten und festgenommen, ihr Todesurteil wurde von Johannesson bestätigt; sie wurden noch am selben Tag, am 21. April 1945, in Cuxhaven ermordet.

Als die Wehrmacht am 1. September 1939 Polen überfiel, war dies der Auftakt zum Vernichtungskrieg. Vor dem Angriff auf Krakau hielt Leutnant Lent fest: „Jeder von uns weiß, daß heute ein schicksalsschwerer Abschnitt Weltgeschichte beginnt, der nicht mit Worten und auf Papier, sondern mit Blut geschrieben wird. Jeder von uns ist sich seiner Verantwortung bewußt, daß des Führers Hoffnung auf seine Luftwaffe nicht enttäuscht wird.“ Lent enttäuschte seinen „Führer“ nicht. Noch am 22. Juni 1944, am dritten Jahrestag des Angriffs auf die Sowjetunion, sprach Lent vom Endsieg und rief seine Männer dazu auf, „in leidenschaftlicher und fanatischer Weise bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen“. Er forderte auch, dass „Feiglinge erbarmungslos ausgerottet“ werden. Beim Staatsakt für den im Oktober 1944 tödlich verunglückten Lent rühmte Reichsmarschall Göring dessen „unvergängliches Heldentum“.

Ein erstaunlich gerader Weg führte von der NS-Kriegspropaganda zur landläufigen Traditionspflege in der Bundeswehr, seinerzeit noch die „neue Wehrmacht“, als im Juli 1964 die Liegenschaft in Rotenburg (Wümme) nach Oberst Lent benannt wurde. Doch endlich im September 2016 begann der öffentliche Meinungskampf um die „Lent-Kaserne“ (siehe *ZivilCourage* Nr. 5/2016). Zwei Jahre später kam nun die Nachricht, dass ein neuer Name gesucht wird.

Jakob Knab ist der Gründer und Sprecher der „Initiative gegen falsche Glorie“. Jüngst erschien seine Biografie „Ich schweige nicht. Hans Scholl und die Weiße Rose.“ (Darmstadt 2018) <<

Der Deutsche Friedenssong-Wettbewerb 2018

Mädchengruppe *Heiwa* gewinnt mit „Frieden für die Kinder dieser Welt“

Von Dieter Riebe

Alle drei Jahre veranstaltet die DFG-VK-Gruppe Bonn-Rhein-Sieg den Deutschen Friedenssong-Wettbewerb. Der Wettbewerb wird von uns als Veranstaltung des Gesamtverbandes der DFG-VK promotet. Schirmherr ist der unermüdliche „Friedensbotschafter“ Konstantin Wecker. Dieses Jahr wählte eine 14-köpfige unabhängige Jury aus den 25 „Besten“ von insgesamt 97 Einreichungen die fünf Gewinner aus. Die vergebenen Preisgelder in Höhe von 5.750 Euro waren Anreiz und auch Anerkennung für die Musikerinnen und Musiker.

Mit dem gelungenem Konzert am 22. September in der „Harmonie“ in Bonn-Endenich haben wir den Abschluss des Wettbewerbs 2018 gefeiert. Die Harmonie ist ein namhafter, weit über Bonn hinaus bekannter Konzert-Veranstalter, und wir danken herzlich dafür, dass wir den Konzertsaal an einem Samstag zum Selbstkostenpreis nutzen durften. Leider waren diesmal mit 130 Personen nur halb so viele Gäste zum Konzert gekommen wie 2015. Wir hätten noch

mehr in Werbung und Vermarktung investieren sollen.

Es gab insgesamt acht Auftritte von Liedermachern bis Rock, die die Technik vor Ort vor einige Herausforderungen stellte, die alle gemeistert wurden. Neben den fünf GewinnerInnen wurden zusätzlich drei Gäste eingeladen, die auch am Wettbewerb teilgenommen hatten. Wir waren geehrt und freuten uns, dass auch die MusikerInnen es als eine Ehre aufgefasst haben, dass sie beim Abschlusskonzert auftreten konnten.

Den 1. Preis in Höhe von 2000 Euro gewann *Heiwa*, eine aus 4 Mädchen bestehende Jugendgruppe der Musikschule Sonneberg, mit dem Titel „Frieden für die Kinder dieser Welt“. Der Song berührt das Herz und lässt das Leid durch den Verlust des Vaters im Krieg unmittelbar spüren. Mit über 1000 Punkten war die Wahl durch die Jury eindeutig.

Den 2. Preis (1500 Euro) erhielt Kristina Jacobs - die auch Musiklehrerin der Gruppe *Heiwa* ist - mit dem Titel „Zwei Wölfe“. Dieser berührende

Song erhielt von der Jury 917 Punkte. In dem Songtext wird der „Krieg“ im eigenen Kopf beschrieben, also der „Krieg“, der in jedem selbst stattfindet. Schließlich wird der Wolf gewonnen, den man gedanklich selbst füttert.

Den 3. Preis (1000 Euro) gewann Nils Wandrey mit seinem Rock-Titel „All in All“. Er beschreibt in seinem Song, dass wir nichts aus der Geschichte gelernt und eine Fahrkarte direkt in die Hölle gekauft haben, wenn wir zukünftig nichts daran ändern.

Den 4. Preis (750 Euro) gewann Marco Buono mit seinem Pop-Titel „Back in the Days (The Flower)“. In dem Song wird beschrieben, dass nach einem Atomkrieg ein Mädchen zufällig eine Blume findet und ihren Großvater fragt, was das für eine Pflanze ist.

Den 5. Preis (500 Euro) gewann Krzysztof Daletski mit seiner satirischen Ballade „Circulus terroris“. Der Song beschreibt den Terror des Drohenkrieges und deckt die eigen-tümliche „Logik“ auf, die die negativen Folgen des eigenen Handels als Begründung für dieses Handeln angibt.

Alle Songs sind auf der Webseite www.friedensmusik.de anzuhören und stehen zum kostenlosen Download bereit. Die Songs sind Gemeinfrei und können bei öffentlichen Veranstaltungen deshalb frei von Gebühren abgespielt werden.

Ziel des Song-Wettbewerbes ist die Förderung von neuen Friedens- und Antikriegsliedern.

Gut getextete Botschaften, verpackt in schönen Melodien, sollen die Zuhörer anregen, aktiv gegen Krieg einzutreten und persönlich zum Frieden beizutragen. Es freut uns besonders, dass dieses Ziel erreicht wird und zahlreiche Songtitel aufgrund



Foto: DFG-VK Bonn-Rhein-Sieg

Die Siegerinnen des DFG-VK-Wettbewerbs in der Bonner „Harmonie“

unseres Wettbewerbes getextet und komponiert wurden. Da keine Coverversionen sowie an Vermarktungsgesellschaften gebundene Songs zugelassen sind, werden an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hohe Anforderungen gestellt.

Unterstützung für den Deutschen Friedenssong-Wettbewerb erhalten wir überwiegend vom DFG-VK-Bundesverband und einzelnen DFG-VK-Ortsgruppen wie z.B. der Köln Gruppe. Der DFG-VK-Bundes unterstützte uns in den letzten vier Jahre mit jährlich 800 Euro. Einige Ortsgruppen unterstützen uns, indem sie z.B. 25 bis 50 CDs „Songs für den Frieden“, die Songs der Wettbewerbe enthalten, zum Wiederverkaufspreis abnahmen und zum Endpreis weiterverkauften. Die Gruppen können den größten Teil des Endverkaufspreises zur Finanzierung ihrer Gruppenarbeit verwenden. Der Verkauf der CDs ist jedoch bisher noch keine Selbstläufer. Unsere Erfahrung ist: Nur wer die CDs aktiv bewirbt, wird sie auch gut weiterverkaufen können. Der Verkauf der CDs trägt zum erheblicher Teil zur Finanzierung des Friedenssong-Wettbewerbes bei. Zusätzlich bekommen wir Unterstützung von der Gewerkschaft ver.di Bezirk NRW-Süd und durch einige Privatspenden, meistens von DFG-VK-Mitgliedern. Alles, was nicht durch Sponsoring abgedeckt ist, wird von der DFG-VK-Gruppe Bonn-Rhein-Sieg aufgefangen. Der Landesmusikrat NRW hatte uns 2012 und 2015 mit über 2000 Euro unterstützt und dazu beigetragen, dass der Deutsche Friedenssong-Wettbewerb statt finden konnte. Doch leider ist diese Unterstützung für 2018 entfallen.

Leider mussten wir feststellen, dass innerhalb der Friedensbewegung und sogar in der DFG-VK der Friedenssong-Wettbewerb „stiefmütterlich“ behandelt wird. Wir sind in der Musikszene mittlerweile bundesweit bekannter als in der Friedensbewegung, und das gibt uns schon zu denken. So werden viele Synergieeffekte durch



Alle Wettbewerbs-TeilnehmerInnen auf der Bühne

die mögliche Werbefunktion für die DFG-VK nicht genutzt. Wir finden z.B. keinen Hinweis auf der Homepage von www.dfg-vk.de, und auch einige Ortsgruppen scheinen den Wettbewerb nicht zu kennen.

Nur so konnte es passieren, dass z.B. die DFG-VK NRW ihren Landeskongress ausgerechnet auf den 22.-23. September legte, obwohl schon seit zwei Jahren bekannt war, dass unser Abschlusskonzert in der Harmonie Bonn am 22. September stattfinden wird.

Wir als Ausrichter des Deutschen Friedenssong-Wettbewerbs würden uns insgesamt mehr Anteilnahme und Mithilfe wünschen, denn nur so können wir das Potenzial, das in dem Wettbewerb steckt, effektiver nutzen. So könnten viele Ortsgruppen unseres Verbandes z.B. unsere Flyer zum Deutschen Friedenssong-Wettbewerb vor Ort an MusikerInnen, Schulen etc. verteilen, wenn sich dazu Gelegenheiten ergeben bzw. sich Interessierte zeigen. Sinnvoll wäre auch eine Verlinkung auf die Webseite www.friedensmusik.de. Damit könnten es möglich werden, flächendeckend und ohne hohe Ausgaben zur weiteren Verbreitung beizutragen.

Als kommissarischer Vorsitzender der DFG-VK-Gruppe Bonn-Rhein-Sieg bedanke ich mich bei Team des Deutschen Friedenssong-Wettbewerbs, namentlich bei Frans, Helmut und Uwe für ihren enormen zeitlichen

Aufwand zur Organisation des Wettbewerbs. Jeder Einzelne hat mehrere hundert Stunden eingebracht, damit der Wettbewerb mit Erfolg durchgeführt werden konnte. Mein Dank gilt auch allen anderen aktiven Mitgliedern, die engagiert beim Abschlusskonzert mitgeholfen haben. So haben z.B. das Team Gisela, Maria, Rosemarie und Ulrike für die hervorragende Versorgung der MusikerInnen im Backstage-Bereich gesorgt. Es ist für uns wichtig, dass sich die aktiven Künstlerinnen und Künstler mit ihren Unterstützern bei uns wohlfühlen. Die vielen positiven Feedbacks, die ich erhalten habe, belegen, dass unser Konzert „Songs für den Frieden“ für alle Mitwirkenden und alle Konzertbesucher ein eindrückliches Erlebnis war. Ich und wir freuen uns über die positive Resonanz.

Als Nächstes werden wir nach und nach Videos vom Friedenssong-Konzert im Netz einstellen. Die dritte CD „Songs für den Frieden Vol. 03“ - eventuell als Doppel-CD - wird demnächst erstellt.

Wir hoffen und wünschen, dass die Mitglieder der DFG-VK den Deutschen Friedenssong-Wettbewerb in Zukunft als unser gemeinsames Projekt stärker fördern und unterstützen. Gemeinsam können wir etwas bewegen!

Dieter Riebe ist aktiv in der DFG-VK-Gruppe Bonn-Rhein-Sieg. <<

... zum Beispiel die Gruppe Mittelbaden

Beratung der Kriegsdienstverweigerer und internationale Kontakte – die Entwicklung der DFG-VK-Gruppe Mittelbaden

Die Gruppe, die später einmal DFG-VK Mittelbaden werden sollte, ist beinahe so alt wie die Bundeswehr. Die ganz frühen Aktivitäten der Ostermarschierer, die sich Ende der 1950er Jahre eher in den größeren Städten wie Karlsruhe und Stuttgart trafen, führten noch nicht zur Gründung einer Friedensgruppe. Dies änderte sich, als 1962 in Achern die ganz neu gebaute Heid-Kaserne, ab 1968 Markgraf-Ludwig-Wilhelm-von-Baden-Kaserne, der Bundeswehr übergeben wurde.

Die „Tage der offenen Tür“, die regelmäßig in der Kaserne veranstaltet wurden, boten einer kleinen Gruppe pazifistisch orientierter Menschen aus Mittelbaden Gelegenheit, vor dem Kasernentor (manchmal auch in der Ka-

serne) ein Transparent auszurollen und ihre Flugblätter zu verteilen. Schon früh entschlossen sich die meisten der damals Aktiven, eine Gruppe im Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK) zu gründen. Die wichtigste Gruppenaktivität waren regelmäßige Gruppenabende der überwiegend jüngeren Herren, zu denen nicht selten Referenten von auswärts eingeladen wurden.

Einen radikalen Umbruch brachten die Jahre 1968/69, auch für die Gruppe Mittelbaden des VK. Ein Teil der älteren Mitglieder zog sich in die passive Mitgliedschaft zurück, dafür traten immer mehr Oberschüler, Studentinnen (!) und Studenten sowie Kriegsdienstverweigerer ein, war es doch die Zeit der von Jahr zu Jahr sprunghaft ansteigenden KDV-Anträge. Ein glücklicher Umstand für die VK-Gruppe der damaligen Epoche war der Umzug von Dr. Udo Hegar, Ostermarschierer der ersten Stunde und versierter KDV-Berater, von Karlsruhe nach Offenburg. Sehr schnell war klar, dass der enorme Bedarf an KDV-Beratung nicht so nebenbei im Wohnzimmer gedeckt werden konnte. Also traf man sich im Nebenraum der Wienerwald-Gaststätte jeden Montag um 20 Uhr. Dieser Termin sollte über Jahrzehnte hinweg fest bleiben, auch als die Gruppe längst ein eigenes Büro hatte.

Zu Beginn der 1970er Jahre waren nur zwei der Mitglieder der VK-Gruppe als Rechtsbeistand für Kriegsdienstverweigerer vom Gericht anerkannt, aber die Zahl der Kriegsdienstverweigerer stieg rasant weiter und die Anerkennungsquote beim Prüfungsausschuss für KDV in Offenburg ging – wie überall im Lande – in den Keller. So ergab sich aus Sicht der Aktiven die Notwendigkeit, die Beratungstätigkeit wesentlich qualifizierter durchzu-

führen und auch die Zahl der zugelassenen Rechtsbeistände zu erhöhen. Zwar wurden immer wieder KDV-Seminare vom VK-Landesverband angeboten und auch besucht, doch die Gruppe Mittelbaden entschloss sich, die Sache selbst zu organisieren. Mehrere Wochenendseminare für KDV-Berater wurden organisiert, welche enormen Zulauf hatten. Die Referenten für diese Veranstaltungen kamen aus ganz Baden-Württemberg, durchaus auch aus kirchlichen Kreisen und nicht nur aus den Verbänden des politischen Pazifismus.



Zu diesen Organisationen gehörte damals auch die DFG-IdK, welche im Schwarzwald mindestens zwei aktive Gruppen hatte, nämlich in Villingen und in Hausach im Kinzigtal, etwa 35 Kilometer von Offenburg entfernt.

Bereits vor der Fusion zur DFG-VK hatten sich die beiden Gruppenreferenten in ihren jeweiligen Bundesvorständen, Heinrich Häberlein von der DFG-IdK und Bernd Kehrer vom VK, darauf verständigt, dass möglichst alle benachbarten Gruppen ihre Aktivitäten und die Organisation zusammenführen sollten. Dies gelang zwi-

Die DFG-VK ist eine Basisorganisation mit annähernd 70 Gruppen und 11 Landesverbänden sowie dem Bundesverband, der als eingetragener Verein den formalrechtlichen Rahmen für alle Gliederungen bildet. Nach der Satzung ist die „Aufgabe der Gliederungen, friedenspolitische Arbeit in ihrem Bereich zu leisten und sich an den Diskussionsprozessen und gemeinsamen Aktionen des Verbandes zu beteiligen. Sie regeln ihre Gremien und ihre Arbeitsweisen sowie ihre Aufgabenstellungen und Arbeitsschwerpunkte selbstständig.“ Das macht die Vielfalt und thematische Breite der DFG-VK aus.

An dieser Stelle werden in der *ZivilCourage* unter der Überschrift „DFG-VK vor Ort“ regelmäßig DFG-VK-Gruppen mit ihrer Arbeit präsentiert.

Die Adressen aller Gruppen und Landesverbände finden sich im Internet unter <https://www.dfg-vk.de/kontakte>

schen dem VK Mittelbaden und der DFG-IdK Hausach zunächst nur bedingt. Einer der Gründe mag die Gruppengröße gewesen sein.

Die DFG-IdK Hausach war mit 35 Mitgliedern damals durchaus eine starke und aktive Gruppe, und die meisten sahen den Sinn einer Gruppenfusion nicht ein – und das kurz vor der absehbaren Vereinigung von DFG-IdK und VK! Allerdings litt auch diese Gruppe an der Krankheit aller politischen Gruppen im ländlichen Raum: Aktiv mit 16, KDV mit 18 und mit 20 Zivi oder Studi oder ab zur Ausbildung in die weite Welt.

In dieser Hinsicht stand die VK-Gruppe Mittelbaden mit rund 90 Mitgliedern in den drei Ortsgruppen Kehl, Lahr und Offenburg über viele Jahre hinweg besser da. Wenn mal die eine Ortsgruppe schwächer war, dann wurde das durch die Arbeit der anderen ausgeglichen.

Dabei entwickelte sich eine gewisse Arbeitsteilung unter den Ortsgruppen. Schwerpunkt in Offenburg blieb die KDV-Beratung mit regelmäßigen Beratungsstunden, Beraterbesprechungen sowie Scheinverhandlungen und Infoabenden in Jugendhäusern. Ein eigener Raum stand dafür zunächst in einem heruntergekommenen Jugendhaus zur Verfügung, doch nach dem Abriss des Hauses Ende 1973 gelang es, ein eigenes Büro in Bahnhofsnähe anzumieten. Dies war wegen des riesigen Einzugsbereichs – gelegentlich kamen Kriegsdienstverweigerer aus der Pfalz oder bis von der Schweizer Grenze – sehr wichtig. Zur Finanzierung des Büros wurde auf Gruppenebene ein kleiner Förderkreis gegründet, der hauptsächlich aus KDV-Beratern bestand.

In Kehl schritten einige handwerklich versierte Aktive zur Tat und bauten einen großen Saurier nach dem bekannten DFG-IdK-Motiv „Ausgestorben – zu viel Panzer, zu wenig Hirn“. Dieser Saurier „wohnte“ dann lange Zeit auf einem eigenen Anhänger und durfte als Blickfang zu allen möglichen Aktionen mitreisen, unter anderem im Rahmen der großen

DFG-VK-Abrüstungsstafette von Helsinki nach Belgrad im Jahre 1977.

In Lahr gab es ebenfalls KDV-Beratung, doch der Schwerpunkt lag auf der Beschäftigung mit den Themenkreisen Pazifismus, Gewaltfreiheit, Friedenspädagogik, KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) und – nicht zu vergessen – dem Lahrer Ostermarsch. Dieser wurde mehrere Jahre in Folge von einem breiten Bündnis des Lahrer Friedensforums, welches noch heute aktiv ist, organisiert. Erst vor wenigen Monaten hat das Lahrer Friedensforum alle Aktivitäten rund um die Stafette „Frieden geht!“ in Mittelbaden organisiert – unter maßgeblicher Beteiligung der DFG-VK-Aktiven vor Ort.

Sicher war es die Nähe zu Frankreich (Mittelbaden liegt direkt am Rhein, dem Elsass gegenüber), die dazu führte, dass sich in der DFG-VK-Gruppe Mittelbaden eine der Gruppensprecherinnen über viele Jahre um die internationalen Kontakte (Schwerpunkt Frankreich und Schweiz) kümmerte. Dies war nicht ganz einfach, weil einerseits in den Nachbarländern keine der uns damals bekannten Organisationen programmatisch zur DFG-VK passte und andererseits der Zwangsdienst in einer Armee in Frankreich kaum kritisch hinterfragt wurde. Dennoch konnten mehrere Male Besuche bei befreundeten Organisationen stattfinden, nicht nur in Straßburg, sondern auch in anderen Regionen Frankreichs.

Auch in anderer Hinsicht ist die Gruppe bei internationalen Aktionen immer wieder dabei. So beteiligt sie sich seit vielen Jahren in der Vorweihnachtszeit regelmäßig an der Grußkartenaktion der War Resisters' International. Hunderte von inhaftierten Kriegsdienstverweigerern und Rüstungsgegnern haben im Laufe der Jahre Post aus Mittelbaden bekommen. Für einige der Gruppenmitglieder, die sonst eher nicht aktiv sind, ist der Kartenabend im Winter - nach eigener Aussage - der wichtigste Termin im Gruppenleben.



Demo gegen die Ausstellung „Unser Heer“ 1978 in Rastatt

Foto: Rattinger



Demo gegen den Nato-Gipfel 2009 in Baden-Baden



Japanische Mönche bei der DFG-VK-Abrüstungsstafette 1977 in Achern



Bericht im „Badischen Tagblatt“ 1974



Der Autor und Offenburger DFG-VK-Aktivist Ernst Rattinger im Pacemakers-Trikot



Zuviel Panzer, zuwenig Hirn: Über Jahre ein Blickfang bei jeder Demo

» Bei großen überregionalen Aktionen war die Gruppe ebenfalls gefordert. Als Beispiel sei genannt die Menschenkette von Stuttgart nach Neu-Ulm im Herbst 1983. Da war es unsere Aufgabe, die Werbung und den Fahrkartenverkauf für einen der Sonderzüge in ganz Mittelbaden zu übernehmen. Als sich dann herausstellte, dass der Zug völlig überfüllt sein würde, waren innerhalb weniger Tage noch mehrere Busse zu organisieren, was sich als schwierig erwies.

Wer erinnert sich an „No to Nato 2009“? Die damaligen Konferenzorte Baden-Baden und Straßburg liegen ja genau in unserem Revier und die Vorbereitungen unsererseits begannen schon sehr früh im Herbst 2008. Mehrere Vorbereitungstreffen waren zu organisieren, und mit Rücksicht auf die Partnerorganisationen aus Frankreich trafen wir uns in Kehl, also an der französischen Grenze. Schon bald zeigte es sich, dass der Geschäftsführer der DFG-VK ein Aktionsbüro mit Übernachtungsmöglichkeit in Offenburg noch vor der heißen Phase der Proteste brauchen würde. Die verzweifelte Suche nach geeigneten Räumen war schließlich erfolgreich: Eine Kollegin stellte uns eine gerade leer-

stehende Wohnung für mehrere Monate zur Verfügung – beinahe kostenlos. In dieser Zeit klinkten sich auch mehrere Mitglieder, welche bereits seit einiger Zeit inaktiv waren, wieder in die Gruppenarbeit ein.

Den Friedensnobelpreisträger 2017 kennen inzwischen alle (siehe Bericht in der *ZivilCourage* 2/2018), und unterdessen ist auch unsere DFG-VK Teil des *Ican*-Netzwerks (*International campaign to abolish nukes*). Dies war Anfang 2013 noch anders, als *Ican* in Oslo einen internationalen Kongress über die humanitären Folgen eines Atomwaffeneinsatzes veranstaltete. Sehr verwundert war ich als Teilnehmer an dem Kongress, dass zahlreiche kleinere Organisationen aus aller Welt vertreten waren, aber die DFG-VK als Gesamtverband wohl noch weit davon entfernt war, die Bedeutung dieser Bewegung zu bemerken. Nun, inzwischen hat sich das geändert: der baden-württembergische DFG-VK-Landesgeschäftsführer war bei der Nobelpreisverleihung dabei und auch eines unserer langjährigen Gruppenmitglieder.

Wie weiter in Mittelbaden? Die Überalterung ist auch bei uns ein Problem, und die Zahl der Aktiven bleibt gering; eigene Aktionen größeren Zuschnitts sind nicht möglich. Dies bedeutet aber nicht, dass überhaupt nicht gearbeitet wird.

Kooperation mit anderen Organisationen ist eine Lösung. So gibt es immer wieder gemeinsame Aktionen mit der Linksjugend Solid, aber auch mit dem Arbeitskreis Asyl sowie anderen Gruppierungen. Hinzu kommt die ständige Mitarbeit einzelner DFG-VK-Mitglieder bei überregionalen Projekten. Als Beispiel sei genannt der Pacema-



Dieser Button ist zum Preis von 80 Cent im DFG-VK-Shop erhältlich: <https://shop.dfg-vk.de/Buttons/Button-Ausgestorben.html>

kers-Radmarathon, seit Jahren die große Friedensaktion im Südwesten, bei deren Organisation mindestens zwei Mittelbadener, gelegentlich auch mehr, mitwirken.

Ernst Rattinger ist seit Jahrzehnten aktiv in der DFG-VK-Gruppe Mittelbaden, außerdem ist er einer der baden-württembergischen Delegierten im DFG-VK-Bundesausschuss. <<

DFG-VK-Gruppe Mittelbaden
c/o Ernst Rattinger
Uhlandstraße 5, 77654 Offenburg
Tel.: 0781-32219; Fax: 0781-9481152
E-Mail: mittelbaden@dfg-vk.de

„Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

Die Kolumne von Michael Schulze von Glaßer

Endlich ist die politische Sommerpause zu Ende! Zwar war die DFG-VK auch in den heißen Monaten aktiv, doch ging es – durchaus verständlich – nicht so rund wie sonst.

Auf die kurze Sommerloch-Debatte um eine Reaktivierung der Wehrpflicht haben wir mit einer Pressemitteilung und einer Aktion beim Besuch der CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer bei einer Parteiveranstaltung in Hamburg reagiert. Genauso wie die Debatte ist jetzt aber auch das Sommerloch vorbei, und die politische Arbeit geht wieder schneller voran:

Zum Antikriegstag waren wieder viele DFG-VK-Gruppen auf den Straßen. In Unterlüß nahe Celle gab es gegen den dort produzierenden Rüstungskonzern Rheinmetall sogar ein mehrtägiges Protestcamp samt Blockaden und einer Demonstration mit mehreren hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Mitte September trafen sich die Aktiven der von uns mitgetragenen Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei. jetzt“ um die Proteste 2019 zu planen.

Nur zwei Tage später gab es ein erstes Treffen zur Vorbereitung einer neuen Kampagne gegen Minderjährige in der Bundeswehr und auf Kinder und Jugendliche abzielende Armee-Werbung – mit dabei sind einige Friedensgruppen, aber auch Kinderrechtsorganisationen und die GEW.

Und zum Weltfriedenstag am 21. September wurde der Rheinmetall-Standort im nordhessischen Kassel unter DFG-VK-Beteiligung für mehrere Stunden blockiert. Auch an anderer Stelle sind DFG-VK-Mitglieder – sind wir – aktiv. Und das ist leider dringend notwendig.

Bewegung gegen den Rechtsruck. Rassisten jagen in Chemnitz Menschen, die ihnen nicht „deutsch“ genug aussehen. Die „Alternative für Deutschland“ hetzt unverhohlen gegen Migrantinnen und Migranten. Und Innenminister Horst Seehofer und sein Schützling Hans-Georg Maaßen, bis vor kurzem Verfassungsschutzchef, stimmen auf die Hetze ein und decken die Rassistinnen und Rassisten.

Umso ermutigender ist es, dass auch die Gegenbewegung – für Menschen statt gegen sie – an Schwung gewinnt: Im Juli protestierten rund 25 000 Menschen – auch Mitglieder der DFG-VK Bayern – unter dem Motto *#ausgehetzt* gegen den Rechtsruck und die zunehmend autoritären Tendenzen des Staates.

Im August und September wurde unter dem Motto „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“ eine neue – vor allem von jungen Menschen getragene – Bewegung groß, die sich gegen die Abschottung Europas und für eine humanitäre Politik einsetzt: Allein bei der „Seebrücke statt Seehofer“-Demonstration in Frankfurt waren Mitte September 8 000 Menschen auf der Straße – die Veranstalter hatten mit 2 000 gerechnet. Insgesamt dürften mittlerweile weit mehr als einhunderttausend Menschen an den allerorten stattfindenden Demonstrationen teilgenommen haben – eine ermutigende Entwicklung, an der auch viele DFG-VK Aktive beteiligt sind.

Und ich kann nur dazu aufrufen: Macht weiter oder fangt an, euch einzubringen! Die Arbeit gegen die Rechtsentwicklung ist nicht nur politisch enorm wichtig, was nicht nur die leidvolle Historie unseres Verbands zeigt, sondern auch persönlich motivierend – es gibt auch noch „menschliche“ Menschen in diesem Land.

In dieser Kolumne berichtet Michael Schulze von Glaßer, politischer Geschäftsführer der DFG-VK regelmäßig, was in der DFG-VK-Geschäftsführung gearbeitet wird, welche Themen im Fokus sind, welche Materialien erstellt werden etc.
Kontakt: svg@dfg-vk.de



Den Verband nachhaltig aufstellen.

Die aktuelle politische Lage ist – gesamtgesellschaftlich, aber auch friedenspolitisch (Stichwort „Aufrüstung“) – brisant, die der DFG-VK im Umbruch befindlich: Wir haben in den letzten Jahren viel geschafft und aufgebaut. Die Aktivitäten des Verbands nehmen zu, die öffentliche Wahrnehmung auch, der Mitgliederschwund wurde gestoppt, jüngere Mitglieder haben sich in regelmäßigen U35-Treffen organisiert, und wir konnten uns ein Aktionsfahrzeug mit DFG-VK-Folierung leisten.

Finanziert wurden die Aktivitäten und neuen Verbandsentwicklungen aus den (langsam steigenden) Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, durchaus gehaltvollen Spenden aber auch Rücklagen. Jetzt scheint die Zeit da zu sein, die DFG-VK nachhaltig aufzustellen – der Verband (vor allem der den Haushalt beschließende Bundesausschuss) hat sich entschieden, dafür Geld in die Hand zu nehmen. Jetzt gilt es nicht auf halbem Weg einen „Rückzieher“ zu machen: Wir können unseren 125 Jahre alten Friedensverband jetzt für die Zukunft aufstellen. Dazu laufen gerade einige Finanzierungsprojekte, doch ist die DFG-VK auch weiterhin auf Spenden (www.dfg-vk.de/spenden) angewiesen, um das Engagement für eine friedliche Welt und ein Ende des Gewaltparadigmas aufrecht zu erhalten.

Militär steht menschlicher Entwicklung entgegen. Setzen wir unsere Kraft dafür ein, es abzuschaffen! <<

Global betrachtet

Rückblick in einen heißen Sommer

Von David Scheuing

Kunst, Protest und Widerstand: Dieser Sommer war heiß und viele von uns waren aktiv, gegen die Itec, beim Tag der Bundeswehr und anderen traurigen und fröhlichen Anlässen. Weltweit wurde auch hier protestiert:

In Glasgow protestierten Aktivist*innen gegen die „Undersea Defense Technology“-Ausstellung, bei der die neuesten Entwicklungen der maritimen Kriegsführung zur Schau gestellt wurden. <https://www.wri-irg.org/en/story/2018/uk-activists-take-action-against-arms-fairs>

Zum Sommergipfel der Nato-Staaten waren auch viele Kriegsgegner*innen in Brüssel unterwegs, einige DFG-VK Mitglieder vermutlich auch. Unter ihnen waren Aktivist*innen von „Agir pur la paix“. Wunderbare Bilder und Filme von ihren Aktionen lassen sich hier finden: <https://agirpurlapaix.be/stopnato-2018-album/>. Bilder von Lucas Wirl von lalana hier: <https://www.flickr.com/photos/lucaswirl>



Im Juni waren viele französische und andere europäische Aktivist*innen gegen die „Eurosatory“ in Paris unterwegs. Dabei gelang es sechs Aktivist*innen, eine Live-Vorführung zu stören, bevor sie festgenommen wurden. Eine ausführliche Broschüre zu den Kriegsprofiteuren auf der Messe findet sich hier: <https://www.wri-irg.org/en/story/2018/eurosatory-2018-activists-expose-and-disrupt-paris-arms-fair>

In Reaktion auf ein privates Event von Leonardo (Italien) im Londoner Design Museum entfernten 40 Künstler*innen ihre Kunstwerke aus dem Museum, um ein deutliches Zeichen gegen die Vereinnahmung der Kunst für unmenschliche Zwecke zu setzen. Andere Museen haben schon reagiert (<https://www.theguardian.com/artanddesign/2012/oct/10/arms-manufacturer-national-gallery-sponsorship>). Das Design-Museum wehrt sich! Wer die laufende Aktion unterstützen will, kann hier unterzeichnen: <https://www.caat.org.uk/get-involved/act-now/petition/design-museum>

Dazu eine Notiz in eigener Sache: In München soll im November eine Installation auf dem Königsplatz mit mehreren tausend roten Seiden-Mohnblüten an „Nie Wieder Krieg“ erinnern (<https://www.niemalswieder.com/>). Die Aktion ist aber nicht unumstritten, da das Symbol der roten Mohnblüte dem militaristischen Gedenken in Großbritannien entlehnt ist (eine ästhetisch ähnliche Aktion mit ganz anderem Subtext: <https://www.theguardian.com/world/2014/dec/28/blood-swept-lands-story-behind-to-her-of-london-poppies-first-world-war-memorial>). Die Kritik an der Installation bietet aber eine wertvolle Alternative auf: die weiße Mohnblüte, seit fast 100 Jahren von britischen Pazifist*innen genutzt, um nationalistischem Gedenken ein friedvoll-emanzipatorisches Gedenken entgegenzustellen. Mehr dazu auf der Seite der Peace Pledge Union: <http://www.ppu.org.uk/whitepoppy/>

Wer auch immer in München (aktiv) ist, möge doch bitte mit weißen Mohnblumen ein wichtiges Statement setzen.

Südkorea und der Kriegsdienst: Nachdem in diesem Jahr Südkorea im

Fokus der weltweiten Aktionen zum internationalen KDV-Tag am 15. Mai stand, gibt einen nun einen Etappensieg zu feiern. Das Verfassungsgericht Südkoreas hat entschieden, dass das aktuelle Kriegsdienstgesetz insoweit gegen die Verfassung verstößt, als dass es keine Alternativdienste zulässt. Hier muss der Gesetzgeber bis 2019 nachbessern. Das Gericht bestätigte allerdings die bis zu dreijährigen Haftstrafen für Totalverweigerer*innen. Dies muss ein Ansporn zu fortgesetztem Engagement in und für südkoreanische Kriegsgegner*innen sein! Hier das übersetzte Statement der südkoreanischen Aktivist*innen: <https://www.wri-irg.org/en/story/2018/joint-statement-south-korean-organizations-welcoming-constitutional-court-decision>

Weltweiter Zustand der Rechte von Kriegsdienstgegner*innen:

Seit der letzten Ausgabe dieser Kolumne sind wieder zahlreiche Verweigernde verhaftet worden. Wie die Organisation „Forum18“ berichtet sind in Turkmenistan sechs junge Mitglieder der Jehovas Zeugen verhaftet worden, da sie sich aus religiösen Gründen gegen die Rekrutierung geweiigert hatten. Die Männer arbeiten ihre ein- bis zweijährigen Strafen derzeit in Arbeitslagern ab – einige haben Berufung eingelegt. Hier der Bericht: http://www.forum18.org/archive.php?article_id=2405. In Israel sind wieder einige Verweigernde in Haft gekommen. Aufgrund der israelischen Kriegsdienstgesetze trifft dies hier immer sowohl junge Frauen als auch Männer. Mehr zu den aktuellen Fällen: <https://www.wri-irg.org/en/programmes/rtrk/co-action-alert/2018/israel-refusers-hilel-garmi-and-luhar-altman-im-prisoned>. Der Protest und die Solidarität von Aktivist*innen ist in Israel gut

etabliert. Hier werden auch neue Formen des Widerstands und der Kritik an maskulinen „Heldenverweigerungen“ entwickelt. Ich empfehle allen das dünne Büchlein „Conscientious Objection“: <https://www.wri-irg.org/en/cobook-online>

Währenddessen steigt in Marokko die Gefahr, dass der Zwangsdienst an der Waffe wieder eingeführt wird. Am 20. August wurde im Kabinett ein Gesetzentwurf verabschiedet, der unter 25-Jährige zum Dienst an der Waffe zwingen soll. In Marokko wurde der Kriegsdienst 2006 abgeschafft. Beobachten: <https://www.wri-irg.org/en/story/2018/morocco-conscription-be-reintroduced>

Einen guten Überblick über die derzeitige Situation der Rechte von Kriegsdienstgegner*innen ist die Condococ-Datenbank: <https://www.wri-irg.org/en/co/rtba/index.html>. Als Hilfe für alle Verweigernden kann das „Handbuch für Kriegsdienstgegner*innen zum internationalen Menschenrechtssystem“ (CO-guide) dienen: <http://co-guide.info/> (Derzeit leider immer noch nur auf Englisch und Spanisch zugänglich!)



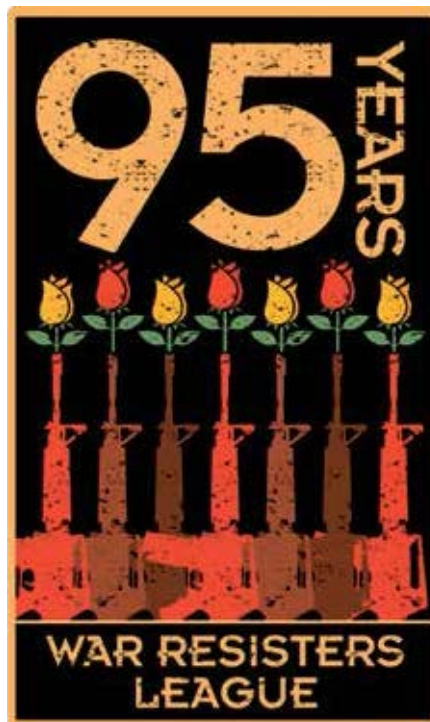
Daher ist es unerlässlich, dass wir auch in diesem Jahr wieder verstärkt auf die Gefahren und Tendenzen der Militarisierung der Jugend hinweisen: vom 12.-18. November läuft die 5. Internationale Aktionswoche gegen die Militarisierung der Jugend. Alle, die in dieser Woche Aktionen planen, machen diese bitte Gernot Lennert (dfgvk.hessen@t-online.de), David Scheuing (scheuing@dfg-vk.de) und Semih Salmaz (cmoy@wri-irg.org) bekannt!

Kurz notiert:

David McReynolds – Tod eines US-amerikanischen Mitstreiters: Mitte August verstarb David McReynolds im 88. Lebensjahr. Dem Pazifisten, mili-

tanten Kriegsgegner, Fotografen, Bromelienfreund, queerem Aktivist und zweifachen Präsidentschaftskandidaten in einer Würdigung gerecht zu werden, ist nicht einfach. Die Freunde der War Resisters League haben es versucht: <https://www.warresisters.org/death-family-david-mcreynolds-pacifist-socialist-ailurophile>. Hier sind seine Photographien: <http://www.mcreynoldsphotos.org/> (siehe dazu den ausführlichen Nachruf von Guido Grünewald auf der nächsten Seite)

War Resisters League – 95 Jahre Widerstand: Trotz dieses Verlustes feiert die älteste pazifistische Organisation der USA in diesem Oktober ihr 95jähriges Bestehen. Zu diesem Anlass kann jede*r von uns Grüße, Glückwünsche und Spenden über den Atlantik senden: <https://www.warresisters.org/95-years-resistance>



Neue Studie zu Eritrea: In der *ZivilCourage* 2/18 habe ich von einer Konferenz zur Situation in Eritrea und der Geflüchteten aus diesem Land berichtet. Mittlerweile ist eine Broschüre veröffentlicht worden. Die leistungswerte Studie findet sich hier: <https://www.wri-irg.org/en/story/2018/new-publication-eritrea-country-under-sway-dictatorship>

David Scheuing ist Vertreter der DFG-VK bei der War Resisters' International



(WRI), dem internationalen Dachverband der DFG-VK mit Sektionen in weltweit 45 Ländern, gewählt. An dieser Stelle berichtet er regelmäßig in der *ZivilCourage* aus der WRI, um den LeserInnen das globale Engagement von KriegsgegnerInnen sichtbar zu machen. Das sind keine tieferen Analysen, sondern kleine kursorische Überblicke und Nachrichten; es geht dabei nicht um Vollständigkeit, vielmehr um Illustration. Ideen und Vorschläge für kommende Ausgaben sind erwünscht. Der Autor ist per E-Mail erreichbar unter scheuing@dfg-vk.de

Training auf Zypern: Ende Mai trafen sich zyprische Aktivist*innen (beider Landesteile!) mit anderen Aktiven aus Griechenland, Russland, der Türkei und Israel für ein dreitägiges Training zur „vergeschlechtlichten Logik der Militarisierung“ (Gender and Militarisation). Dies war das zweite Training von WRI dieser Art nach dem Training im Februar. Hier der Bericht vom Training im Februar: <https://www.dfg-vk.de/unsere-theorien/theorie-und-praxis/bericht-gender-and-the-militarisation-of-youth>

Empowering Nonviolence: Materialien zu gewaltfreien Aktionen gesucht: Das „Gewaltfreiheits“-Programm der WRI unterhält eine eigenständige Homepage, auf der praktische Materialien, Taktiken, Techniken und Methoden des gewaltfreien Widerstands gesammelt und übersichtlich dargestellt werden, damit Aktivist*innen weltweit einander Inspiration und Unterstützung sein können. Auch alle Aktiven der DFG-VK sind dazu aufgerufen, Beiträge einzureichen, die eine spezifische Methode oder eine Aktion schildern und für andere zugänglich machen. <https://www.nonviolence.wri-irg.org/> <<

Zur Erinnerung an David McReynolds

Der frühere Vorsitzende der War Resisters' International ist mit 88 Jahren verstorben

Von Guido Grünewald

Sein Biograf Martin Dubermann nannte ihn „a saving remnant“ (rettender Übergebliebener), einen jener wenigen Menschen, die sich von repressiven Verhältnissen nicht einschüchtern lassen und die die Mächtigen offen herausfordern. David Ernest McReynolds, geboren am 25. Oktober 1929 in Los Angeles, war bis zu seinem Tod am 17. Juli aktiv. Die *New York Times* widmete ihm einen ausführlichen Nachruf. Ich hatte das Privileg, ihm in der internationalen Friedensarbeit mehrmals zu begegnen.

Aufgewachsen in einem konservativen Elternhaus, engagierte sich David 1948 kurzzeitig für die Prohibition Party. Auf der Highschool hatte er während des Zweiten Weltkriegs die militärischen Erfolge der Alliierten mit Enthusiasmus verfolgt. Nach einer Übergangsperiode mit ersten Zweifeln führte 1951 bei einem Besuch in Bremen der Anblick der Kriegszerstörungen bei ihm nach eigenen Angaben zu „einer tiefen, religiösen Erfahrung“, die ihn zum entschiedenen Pazifisten machte.

Während des Studiums der Politikwissenschaft an der University of California engagierte sich David in der kleinen Socialist Party der USA (SP) sowie in der War Resisters League (WRL) und wurde zu einem bekannten nichtkommunistischen linken Redner auf dem Campus. 1954 widersetzte er sich der Einberufung zum Koreakrieg; eine Gefängnisstrafe blieb ihm durch einen glücklichen Zufall erspart. David zog nach New York und arbeitete 1957 bis 1960 für die linkspazifistische Zeitschrift *Liberation*.

Ab 1960 bis zu seiner Pensionierung 1999 war er für die WRL hauptamtlich tätig, zunächst als Reisesekretär, später als unumstrittener inoffizieller

Sprecher der Organisation. Einige Jahre war er auch im Vorstand der US-Sektion des Versöhnungsbunds aktiv sowie international in der International Confederation for Disarmament and Peace (ICDP; sie ging 1978 im International Peace Bureau auf) und in der War Resisters' International (WRI), sowohl als Ratsmitglied (ab 1969) wie auch als Vorsitzender 1986-1988.

David arbeitete mit bekannten US-PazifistInnen zusammen (und stritt bisweilen mit ihnen); ich nenne beispielhaft A.J. Muste, Bayard Rustin, Dave Dellinger und Barbara Deming. Er bewies großen Mut, als er sich 1969 als schwul outete – zu einem Zeitpunkt, an dem in den meisten US-Bundesstaaten homosexuelle Handlungen noch strafbewehrt und Schwule (auch in linken Organisationen) geächtet waren. David selbst hielt sich nicht für besonders mutig; er litt jahrelang unter periodischen Angstzuständen und mangelndem Selbstwertgefühl und hatte zeitweise ein schweres Alkoholproblem. Aber er erwies sich nicht nur als guter Organisator, sondern auch als herausragender Vortragsredner und scharfsinniger Artikelschreiber. Eine besondere Begabung hatte er für Positions- und Strategiepapiere. David hörte zu und nahm andere Meinungen zur Kenntnis; mit Kriegsbefürwortern konnte er nicht nur moralisch, sondern auch in ihrem Referenzrahmen diskutieren. Vor allem in späteren Jahren fungierte er bei Disputen als geachteter Vermittler. David war sich bewusst, dass jede philosophische oder politische Haltung „Löcher“ aufweist und dass er mehrmals geirrt hatte; er betrachtete sich als permanent Lernenden.

Seit 1955 widersetzte sich eine kleine Gruppe um Dorothy Day und die Catholic Workers den verpflichtenden Zivildienstübungen im Bundestaat

New York und wurde regelmäßig verhaftet. David beteiligte sich erstmals 1959 und war maßgeblich daran beteiligt, dass 1961 ca. 2000 Menschen zivilen Ungehorsam leisteten; in der Stadt New York wurden die Übungen danach eingestellt. David beteiligte sich in den 1960er Jahren an der Bürgerrechtsbewegung und knüpfte zahlreiche Verbindungen zu schwarzen Kirchen in den Südstaaten.

Er war mitverantwortlich für die erste Protestdemonstration gegen den Vietnamkrieg 1963 (veranstaltet von der WRL) und verbrannte am 6. November 1965 mit vier anderen jungen Männern bei einer größeren Demonstration seinen Wehrpass, was kurz zuvor per Gesetz verboten worden war. 1967 reiste er nach Saigon (im Vordergrund standen Gespräche mit kriegsgegnerischen buddhistischen Mönchen) sowie 1971 nach Hanoi. David forderte den sofortigen bedingungslosen Rückzug der US-Truppen. Im Dezember 1964 hatte er in einem Grundsatzartikel formuliert „Vietnam is our Hungary“. David war sich bewusst, dass die Nationale Befreiungsfront von Kommunisten dominiert wurde und bei einem Sieg keine freien Wahlen zulassen würde. Er verurteilte Gewalttaten beider Seiten, verteidigte aber das Recht der Vietnamesen, über ihren Weg selbst zu entscheiden.

Ab den späten 1970er Jahren trat für David die Abrüstungsfrage in den Vordergrund. Er plädierte für einseitige und vollständige Abrüstung; die Abschaffung nur einer Waffengattung (z.B. Atomwaffen) führte seiner Ansicht nach in eine Sackgasse. Für ihn war klar: „Either war goes, or we go“. 1978 stand er mit einer kleinen Gruppe auf dem Roten Platz in Moskau mit einem Transparent „USA – USSR Disarm!“. Kurz vor Beginn des zwei-

ten Golfkriegs reiste er 1991 mit einer Delegation nach Bagdad. Noch in den letzten Monaten vor seinem Tod bemühte er sich, die mit US-Unterstützung andauernde Bombardierung des Jemen zu beenden. David war aufgrund seiner Friedensaktivitäten mehrmals (meist kurzzeitig) inhaftiert. Im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes erhielt er Zugang zu mehreren Hundert Seiten Spitzelprotokollen, die US-Behörden im Rahmen des Counterintelligence Program über ihn angelegt hatten.

David war nicht nur Pazifist, sondern auch ein entschiedener Sozialist. Bezahlte Beschäftigung für alle und gerechtere Wohlstandsverteilung waren für ihn essenziell. Sein Ziel war es, eine Gesellschaft zu schaffen, in der Menschen eine Arbeit ausüben können, die sie mögen und mit der sie gesellschaftlichen Nutzen stiften. Mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung war das seiner Ansicht nach nicht zu machen. David plädierte für den gesellschaftlichen Besitz der Produktionsmittel, nicht unbedingt für eine Verstaatlichung.

Mehrmals stand er als Kandidat aktiv in Wahlkämpfen: für die Sozialistische Partei 1958 (US-Kongress) sowie 1980 und 2000 als Präsidentschaftskandidat, 1968 für die kurzlebige Peace and Freedom Party (Repräsentantenhaus) und 2004 für die Grüne Partei (Kongress). Mehr als Achtungserfolge waren nicht drin. Für David waren Wahlkämpfe ein Referendum über Ideen. Es ging ihm darum, Abrüstung, Frieden und demokratischen Sozialismus wieder in die öffentliche Debatte einzubringen. Dass Veränderungen nur durch öffentlichen Druck und Straßenaktivitäten möglich waren, war ihm bewusst.

Vom Sowjetkommunismus und der moskautreuen kommunistischen Partei der USA hat sich David immer abgegrenzt. 1956 hatte er vor der sowjetischen Botschaft gegen die Niederschlagung des Volksaufstands in Ungarn protestiert, in den 1960er Jahren eine Petition zugunsten sowjetischer



David McReynolds – hier mit der Karlsruher DFG-VK-Aktivistin Sonnhild Thiel – am 11. August 2001 (!) im Büro der War Resisters League in New York City während eines Gesprächs mit der Reisegruppe „Auf den Spuren von Martin Luther King“ von Aktiven aus der deutschen Friedensbewegung

Foto: Stefan Philipp

Dissidenten unterschrieben. 1968 war er zufällig in Prag anwesend, als die Truppen des Warschauer Pakts einmarschierten. Die Repressionen der McCarthy-Ära mit ihren Loyalitätseiden und Listen von Subversiven lehnte er aber ebenso wie individuelle Verfolgung ab. David war entschieden anti-autoritär; er verurteilte jegliche Zensur und trat für das Recht von Individuen ein, anders zu sein. Als sich mit Gorbatschow wichtige Änderungen im sowjetischen Machtbereich abzeichneten und auch im (weitgehend aus Moskau finanzierten) Weltfriedensrat (WFR) vorsichtige Lockerungen sichtbar wurden, versuchte David, die WRI und die WRL zu einer offeneren Haltung gegenüber dem WFR zu bewegen. Das kostete ihn die Wiederwahl zum WRI-Vorsitzenden (eine für ihn sehr schmerzliche Erfahrung), da seine Haltung als naiv bzw. von einigen gar als prokommunistisch eingestuft wurde.

David, der aufgrund des schmalen WRL-Gehalts und einer kleinen Rente zeitlebens materiell bescheiden lebte,

war bis zum Schluss aktiv. Mit mehreren Newslettern per E-Mail, in denen über Entwicklungen in den USA und international berichtet und diskutiert wurde, vernetzte er weltweit AktivistInnen und Interessierte. Die Kraft für sein andauerndes Engagement gaben ihm seine Hobbys und die Fähigkeit, die schönen Seiten des Lebens zu sehen und zu genießen: David war ein sehr guter Fotograf, er liebte Musik, schrieb gelegentlich Gedichte und mischte Düfte. Er war ein leidlich guter Koch (vor allem sein Hummus mit viel Knoblauch war berühmt), pflegte Freundschaften (oft diente sein kleines, mit Papier überladenes Apartment als Treffpunkt) und liebte Tiere, vor allem seine zwei Katzen, mit denen er lange Jahre zusammenlebte.

Und vor allem war David – in seinen eigenen Worten – „ein Atheist mit einem Glauben“. Er glaubte fest daran, dass eine sozial gerechte Gesellschaft und ein friedliches Zusammenleben der Menschen möglich sind.

Guido Grünewald ist Internationaler Sprecher der DFG-VK. <<

„Er war der letzte noch lebende Wehrmacht-Deserteur und ist nicht zu ersetzen“

Rede bei der Trauerfeier für Ludwig Baumann am 18. Juli im DGB-Haus in Bremen

Von Wolfram Wette

Die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz trauert um Ludwig Baumann. Als Vorsitzender seit ihrer Gründung im Jahre 1990 war er zugleich das Gesicht der Vereinigung, das über viele Jahre hinweg in vielen großen und kleinen Medien präsent gewesen ist.

Ludwig Baumann war ein außergewöhnlicher Mensch. Wer ihn kannte, hat ihn als eine authentische Persönlichkeit in Erinnerung. Was er sagte und wie er es sagte, besaß Überzeugungskraft, weil es auf der leidvollen Erfahrung eines Mannes beruhte, der in der Nazi-Zeit verfolgt worden war. Die gegen ihn wegen Desertion verhängte Todesstrafe, das monatelange Warten auf die Vollstreckung des Urteils, die Umwandlung der Strafe in KZ-Haft, später das Strafbataillon – diese Erlebnisse hinterließen tiefgreifende Spuren. Die NS-Militärjustiz, die ein Urteil des Bundesgerichtshofs treffend „Blutjustiz“ nennt, eine Justiz, die sich der Rechtsbeugung schuldig gemacht hat, fällt nicht nur die unglaubliche Anzahl von 30 000 Todesurteilen, von denen etwa 20 000 vollstreckt wurden. Sie traumatisierte Menschen wie Ludwig Baumann auch auf Jahrzehnte hinaus, oft sogar lebenslang. Allein schon der Name des ehemaligen Marinerichters Hans Filbinger weckte tief sitzende Ängste in ihm.



www.youtube.com/watch?v=Fmt5GuE5NJU

Seine Leidensgeschichte trieb Ludwig Baumann jedoch nicht in eine lebenslange Depression, in Fatalismus und Resignation, sondern auf den Weg des Kampfes um die Wiederherstellung seiner Würde, um die Rehabilitierung seiner eigenen Person und die seiner Leidensgenossen. Diffamiert und verfolgt wurden die Deserteure der Wehrmacht ja nicht nur in der Nazi-Zeit selbst. Auch in der Nachkriegszeit änderte sich daran zunächst nur wenig bis nichts. Ich habe Ludwig Baumanns Erzählung noch im Ohr: Wie er sich Beschimpfungen anhören musste: Verräter, Feiglinge und Dreckschweine seien sie gewesen, die Deserteure und Wehrkraftzersetzer. Nicht nur die NS-Ideologie, sondern die ganze Tradition des preußisch-deutschen Militarismus schwang in solchen Diffamierungen mit. Die Opfer der NS-Militärjustiz reagierten auf die ungebrochenen Schmähungen, indem sie sich zurückzogen und über ihre Erlebnisse während des Zweiten Weltkrieges schwiegen.

In der ersten Hälfte der 1980er

Jahre erlebte das Land eine bis dahin nicht gekannte Massenbewegung für Frieden und Abrüstung. Stichwort: „Nachrüstung“. Auch Ludwig Baumann engagierte sich in der Friedensbewegung. Er war damals bereits um die 60 Jahre alt. Nun kam erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg die Frage eines möglichen Widerstandes gegen den Militärdienst auf. Von Soldaten und Reservisten der Bundeswehr, die nachträglich den Kriegsdienst verweigerten, wurde ein historischer Bezug zu den Wehrmacht-Deserteuren hergestellt, die sich unter sehr viel schwierigeren Bedingungen dem Kriegsdienst entzogen hatten.

Offenbar erkannte Ludwig Baumann, dass sich nun bessere Voraussetzungen als je zuvor dafür boten, gegen das Negativ-Image der Wehrmacht-Deserteure in der Öffentlichkeit offensiv aufzutreten und für ihre Rehabilitierung zu streiten. Und doch dauerte es noch einmal fast ein ganzes Jahrzehnt, bis 1990 eine kleine Schar alter Männer dem Aufruf Ludwig Baumanns folgte, sich zusammenzuschließen und gemeinsam für die Rehabilitierung zu kämpfen. Es war die Geburtsstunde der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz.

Ludwig Baumann war damals, als die Vereinigung ihre Arbeit begann, bereits 69 Jahre alt. Wie die Kundigen wissen, ging es nur zähflüssig voran, gegen große Widerstände innerhalb und außerhalb des Deutschen Bundestages, dann aber mit wachsender Zustimmung in der Gesellschaft und letztendlich mit dem zunächst gar nicht für möglich gehaltenen Erfolg, dass die Deserteure der Wehrmacht, die Kriegsdienstverweigerer, Wehrkraftzersetzer und schließlich sogar die wegen Kriegsverrats Verurteilten rehabilitiert wurden: moralisch, juristisch und politisch – in drei Etappen: 1998, 2002 und 2009. Im Rückblick betrachtet, handelt es sich um eine späte Erfolgsgeschichte. Sie beruhte auf einem bemerkenswerten erstaunlichen Meinungswandel in der Bevölkerung und führte zu einer Mehrheit im Parlament, die 2002, als es um die Deserteure ging, aus SPD, Grünen und Linken bestand.

Ludwig Baumann hat zu diesem Erfolg maßgeblich beigetragen. Der zierlich, manchmal zerbrechlich wirkende Mann agierte nicht als lautstarker Interessenvertreter oder gar als Propagandist. Er sprach leise, stets frei, argumentierte überlegt, zeigte

sich erkennbar verletzlich, aber nicht verbittert, verfiel auch nicht in einen Jammerton, obwohl er dazu nach dem, was ihm angetan worden war, allen Grund gehabt hätte. Seinen Gesprächspartnern teilte sich mit, dass sie in dem unpräzise auftretenden und willensstarken Mann eine Persönlichkeit vor sich hatten, die mit geradezu unnachahmlicher Beharrlichkeit für ihre Ziele eintrat. Baumann sprach mit großem Ernst, wenn er auf die Würde jener Menschen hinwies, die Opfer der NS-Militärjustiz geworden waren, wenn er ihre Entkriminalisierung und Rehabilitierung forderte, weil er endlich frei sein wollte von der Ächtung und der Missachtung, die ihm aufgezwungen und aufgebürdet worden war.

Man merkte: Ludwig Baumann und seine „Mission“ waren eins. Darauf gründete sich auch sein Selbstbewusstsein, das ihm den Zugang zu wichtigen PolitikerInnen erleichterte, die sich für seine Sache einsetzten. Sie erkannten rasch, dass er über ausdauernde Kämpferqualitäten verfügte. Er verkehrte mit ihnen wie selbstverständlich auf Augenhöhe, ohne dabei anmaßend oder belehrend zu erscheinen. Was manche von ihnen nicht wussten oder erst im Laufe der Zeit erkannten: Ludwig Baumann konnte bei aller Bescheidenheit ungemein hartnäckig sein, wenn die Dinge nicht wunschgemäß voranschritten.

Ich möchte eine Episode einflechten, die bei einigen unter den Anwesenden vielleicht einen Wiedererkennungseffekt auslöst. In meinem Heimatstädtchen Waldkirch bei Freiburg im Breisgau organisierten wir im Jahre 1995 eine „Deserteurs-Gedenkwoche“ mit vielen Veranstaltungen. Auch Ludwig Baumann kam angereist. Er wohnte bei uns zuhause. Beim Frühstück trank er ein Glas Orangensaft und aß ein halbes Stück Brot, erzählte unter anderem, dass man in seinem Alter nur noch wenig zu sich zu nehmen braucht, und fügte ein paar konsumkritische Bemerkungen hinzu. Mein mit am Tisch sitzender ältester Sohn Florian, damals 19 Jahre alt, war »

Entwürdigung über den Tod hinaus

DIE TAGESZEITUNG
junge Welt
Gegründet 1947 - So. / So., 22. / 23. September 2018, Nr. 221

Aktuelle Ausgabe Archiv Beilagen Veranstaltungen Über uns Abo Verlag

Titel Schwerpunkt Ansichten Inland Ausland Kapital & Arbeit Thema Feuilleton Abgeschrieben Geschichte

WE-Beilage
Aus: Ausgabe vom 20.08.2018, Seite 1 / Titel

Naziopfer entwürdigt

Das Bundesfinanzministerium kürzt Überlebenden der Verfolgung durch den Faschismus systematisch die Renten. Es geht zur Zeit um »Einsparung« von 4.000 Euro

Von Arnold Schölzel



Ludwig Baumann (L.) und der damalige Erste Bürgermeister und heutige Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) 2015 am Deserteurdenkmal in Hamburg

Foto: Daniel Bockwoldt/dpa

Der Skandal um die Rentenkürzung bei Opfern des deutschen Faschismus weitet sich aus. Wegen des Aufenthalts in einem Pflegeheim hat die Bundesregierung 13 von ihnen die Entschädigungen gekürzt. Sie erhalten nur noch 352 Euro im Monat. Das geht aus einer Antwort der Parlamentarischen Finanzstaatssekretärin Bettina Hagedorn (SPD) an die Linke-Fraktion hervor, die der Deutschen Presseagentur vorliegt. Das berichtete dpa am Sonntag.

Das Ministerium argumentiert, dass bei einem Umzug in ein Heim andere Einrichtungen hinzutreten, die Kosten übernehmen und sich damit der finanzielle Bedarf ändere. Insgesamt erhalten derzeit noch 149 lebende Opfer von Naziunrecht wie Geschädigte der sogenannten Euthanasie, Zwangssterilisierte, Homosexuelle und Deserteure Opferrenten nach den Richtlinien des 1958 in Kraft getretenen Allgemeinen Kriegsfolgengesetz (AKG). Die Renten für die Naziopfer betragen im Durchschnitt etwa 600 Euro, bei den derzeit 13 gekürzten Opferrenten geht es für den Bund um Einsparungen von insgesamt rund 4.000 Euro im Monat. Die Regelung war 2014 unter Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) eingeführt worden.

Bekannt wurde das, als dem Sohn des am 5. Juli 2018 verstorbenen Ludwig Baumann eine Zahlungsaufforderung der Generalzolldirektion Köln zugestellt wurde. Das Amt fordert von dem Erben wegen »Überzahlung« an seinen Vater einen Betrag von 3453,46 Euro. Baumann war 1942 als Kriegsgegner von der Wehrmacht in Frankreich desertiert. Er wurde am 30. Juni 1942 zum Tode verurteilt

» so beeindruckt von der gelebten Bescheidenheit unseres Gastes, dass er sich entschloss, einen ähnlichen Weg der Konsumreduzierung zu gehen, was er seitdem auch realisiert hat. Damit will ich sagen: Ohne es selbst zu merken, wirkte Ludwig Baumann durch seine Haltung als Vorbild für andere.

So mag es auch gewesen sein, wenn Ludwig bei den vielen Auftritten, die er auf sich nahm, das Wort ergriff: Bei Gedenkfeiern und der Einweihung von Denkmälern für Deserteure der Wehrmacht, bei historischen Tagungen und Treffen mit Politikerinnen und Politikern, die er bewusst überparteilich in Pflicht nahm, etliche Male auch vor Ausschüssen des Deutschen Bundestages, in Gesprächen mit Gewerkschaftlern, Kirchenleuten und Friedensbewegten, mit

Schülerinnen und Schülern. Letzteres bereitete ihm stets besondere Freude, bis zu seinem letzten öffentlichen Auftritt, am 27. Januar 2017 in Hamburg. Stets gelang es ihm, seine Zuhörer zu fesseln – dank der ihm eigenen Überzeugungs- und Ausstrahlungskraft. Er war davon überzeugt, dass er mit seiner Desertion nicht das Falsche getan hatte, sondern das Richtige. Er wollte „nur leben“, wie er es in seiner Autobiographie noch einmal betont hat, gleichsam als seine wichtigste Hinterlassenschaft.

Ludwig Baumann wird keinen Nachfolger haben. Er war der letzte noch lebende Wehrmacht-Deserteur und ist nicht zu ersetzen. Er war der Vertreter jener anständigen „kleinen Leute“, die mit nüchternem, gesundem Menschenverstand, mit hart-

näckiger Überzeugung meinen, dass Recht Recht bleiben muss – erfüllt von der tiefen Sehnsucht, nicht weiter nur in einem Kriege oder auf der bitteren Scheide einer Nachkriegs- und einer Vorkriegszeit zu vegetieren, sondern ganz einfach nur zu leben.

Eine neue Generation hat nun die Chance, Ludwig Baumann nicht nur als einen Glücksfall zu begreifen, sondern als ein Vorbild anzunehmen und in seinem Sinne kämpferisch, beharrlich und ausdauernd einzutreten gegen Ungerechtigkeit und für den Frieden, für die Freiheit und die Würde des Menschen.

Der Historiker Prof. Dr. Wolfram Wette ist DFG-VK-Mitglied und Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz. <<

Zur Erinnerung an DFG-VK-Ehrenmitglied Walter Deindörfer



Dieser Linolschnitt von HAP Grieshaber mit dem Titel „Engel der KDV“ hing in Walter Deindörfers Büro und nach seiner Pensionierung bei ihm zuhause. Am 2. August ist Walter Deindörfer im Alter von 91 Jahren verstorben. Er war Rummelsberger Diakon und arbeitete als solcher und als Organist in Nürnberg-Reichelsdorf.

In den 1960er Jahren war er engagiert in der Ostermarschbewegung, in der Kampagne gegen die Notstandsgesetze und in der Bewegung gegen den Vietnamkrieg. Er half mit, GI-Deserteuren der US-Armee, die nach Vietnam sollten, die Flucht zu ermöglichen. Aus dieser Zeit stammen die Kontakte zur DFG-VK bzw. ihren Vorläuferorganisationen.

Ende der 1960er stieg die Zahl der KDV-Anträge rapide an, und viele Verweigerer suchten Rat und Beistand bei Pfarrern und Diakonen. Die evangelische Landeskirche richtete die erste Stelle eines „Beauftragten der Evang.-Luth. Kirche in Bayern für KDV und ZDL“ ein, in der Walter bis zu seinem Ruhestand arbeitete. Er war Mitbegründer der EAK (Evang. Arbeitsgemeinschaft für KDV). Aus anfangs 30 kirchlichen KDV-Beratern in Bayern wurden mehr als 150, die eng mit der DFG-VK zusammenarbeiteten.

Mit den christlichen Widerstandskämpfern in der Nazizeit Hugo Stößinger aus Erlangen und Pfarrer Karl Steinbauer, Freunde von Martin Niemöller, richtete er in den 1970er Jahren den „Gesprächskreis Christen für den Frieden“ in Nürnberg ein. Daraus entstand die gewaltfreie Nürnberger „Aktionsgruppe Jeremia“, die Anfang der achtziger Jahre wegen des Nato-Beschlusses zur Aufstellung von atomaren Mittelstreckenraketen die Nürnberger Südkaserne blockierte.

Er unterstützte die Aktionen der SODZDL (Selbstorganisation der Zivildienstleistenden) gegen Arbeitsdienste und für einen zivilen Friedensdienst und hat sich auch auf die Seite von Totalverweigerern gestellt.

Als Nachfolger von Pfarrer Hermann Schäufele übernahm er die Aufgabe des Treuhänders für den „DFG-VK-Solidaritätsfonds für Totale Kriegsdienstverweigerer“. 1991 wurde ihm der „Bayerische Friedenspreis der DFG-VK“ und damit die DFG-VK-Ehrenmitgliedschaft sowie die „Bürgermedaille der Stadt Nürnberg“ verliehen. Er war vielen KDVern und Pazifist*innen ein väterlicher Freund und Wegbegleiter.

H. Heinrich Häberlein



Walter Deindörfer mit Heiner Häberlein bei einer Veranstaltung

Nach Ostland wollen wir reiten

Theaterprojekt zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Von Willy W. Wolltähr

Willy W. Wolltähr, DFG-VK-Mitglied in Bochum, hat schon etliche politische Theaterstücke geschrieben, so über die Wiederaufrüstung der BRD und den Fall der DDR, und einige auch schon selber öffentlich mit Erfolg aufgeführt (so über den Golfkrieg und den Nahost-Konflikt). Er hat Romanistik studiert und arbeitet seit 20 Jahren als Theaterpädagoge. Info: www.willywolltaehr.de

Das Projekt: ein Theaterstück aufzuführen, das die Sinnhaftigkeit der Auslandseinsätze unserer westlichen „Verteidigungsarmeen“ im Nahen und Mittleren Osten in Zweifel zieht und dem Zuschauer ihre Fragwürdigkeit und Absurdität vor Augen führt.

Kolonialismus und deutsche Expansions- und Eroberungspolitik („neuer Lebensraum im Osten“) gelten bei uns als längst überwunden, werden aber durch die Forderung nach „Mehr Mut! Mehr Verantwortung!“ (Bundespräsident Gauck, 2013) sowie nach aktiver Mitgestaltung der globalen Ordnung durch die Hintertür längst wieder eingeführt.

Geplante Umsetzung: kleinere Bühnen, freie Theaterensembles und auch Amateurtruppen müssten von DFG-VK-Gruppen angesprochen und für eine Einstudierung gewonnen werden; die Aufführung sollte dann flankiert werden mit Öffentlichkeitsarbeit, die über die Auslandseinsätze der Bundeswehr und anderer westlicher Armeen informiert.



Das Stück kann ohne größeren bühnentechnischen Aufwand in Szene gesetzt werden; benötigt werden zwei männliche und zwei weibliche Darsteller, die neben den vier Hauptrollen auch die drei Nebenrollen übernehmen können.

Dramatische Mittel des Stückes:

Das politisch engagierte Stück verbindet Komödiantisches (z.B. Verkleidungsszenen), Kabarettistisches sowie tragikomische Elemente des absurden Theaters und der Farce mit historischen Fakten der jüngsten Gegenwart und stellt Bezüge zur Eroberungspolitik des Nationalsozialismus her: NS-Propaganda-Lieder, die das deutsche Volk damals auf die Eroberung neuen Lebensraums im Osten („Ostland“) einschwören sollten, sind im Originalton collagemäßig in die Dialoge eingebaut.

Obwohl der Text stellenweise durchaus realistisch die wirklichen Verhältnisse abbildet, darf er nicht wie knallharter dramatischer Realismus gespielt werden – die ironische Distanz, für die der Text immer wieder sorgt, muss durchgängig spürbar bleiben.

Handlung: Die Damenmannschaft eines deutschen Sportvereins will ihre jüngsten Erfolge mit einer Reise in den Mittleren Osten feiern und vor Ort dann Freundschaftsspiele organisieren. Per Zufall trifft sie dort auf deutsche Soldaten im Auslandseinsatz, dessen Rechtmäßigkeit von einer der Damen mehrfach in Frage gestellt wird. Der erste Akt spielt kurz daheim und dann in „Ostland“ auf der Straße; im zweiten Akt besuchen die Damen zwei deutsche Soldaten in deren Gefechtsstellung, in der am Schluss einer der beiden Soldaten durch friendly fire ums Leben kommt. <<

Impressum

Die *ZivilCourage* erscheint 2018 im 45. Jahrgang. Davor erschienen als Zeitschrift der Deutschen Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die *Courage* und des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer die *Zivil*. Seit der Fusion der beiden Organisationen 1974 erscheint als Zeitschrift der DFG-VK die *ZivilCourage*.

Redaktionsanschrift: ZivilCourage – das DFG-VK-Magazin, Werastraße 10, 70182 Stuttgart, Telefon 0711-51 89 26 20, E-Mail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de

Herausgeberin: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Werastraße 10, 70182 Stuttgart
V.i.S.d.P.: Stefan K. Philipp (philipp@dfg-vk.de)

Druck: UWS Papier und Druck in Kooperation mit Druckhaus Stil, Tränkestraße 7, 70597 Stuttgart, Telefon 0711-12 02 02 13, E-Mail uws@druckhaus-stil.de

Vertrieb: Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-320 28 34

ISSN: 1614-1954

Anzeigenverwaltung: Bernhard Kusche, Hopfenweg 12, 86754 Munningen, Telefon 09082-900 56, Telefax 09082-91 12 00, eMail bernhard.kusche@gmx.de; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 13 vom 1.1.2014 gültig.

Erscheinungsweise: fünf Mal/Jahr
Haftungsausschluss: Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.

Bezugsbedingungen: Bei DFG-VK-Mitgliedern ist der Bezug der *ZivilCourage* im Mitgliedsbeitrag enthalten. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abonnerung schriftlich bei der Herausgeberin.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 30. September. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 5. November.

Friedensbildung braucht höheren Stellenwert

Erfahrungen in Baden-Württemberg könnten als Blaupause dienen

Von Klaus Pfisterer

Am 1. August 2015 begann die Servicestelle Friedensbildung Bad Urach mit ihrer Arbeit, die bundesweit zu einem Vorzeigeprojekt geworden ist. Vorausgegangen war in Baden-Württemberg ein längerer Diskussionsprozess der Friedensgruppen mit der Landesregierung, dessen Ziel es war, die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr zu kündigen. Der damalige Kultusminister Stoch (SPD) scheiterte mit dem Vorhaben zum einen am Widerstand seiner eigenen Partei, zum anderen wurde er vom grünen Ministerpräsidenten Kretschmann ausgebremst. Stoch wollte die Arbeit der Friedensgruppen in Baden-Württemberg auf Augenhöhe mit der Bundeswehr und unterzeichnete am 30. Oktober 2014 mit 17 Friedensorganisationen und der GEW die gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung in den baden-württembergischen Schulen. Mit der Erklärung verpflichtete sich das Kultusministerium, in einem fortlaufenden Prozess die Themen der Friedensbildung in der Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern zu verstärken. Insgesamt soll die Infrastruktur für Friedensbildung in Baden-Württemberg weiterentwickelt und ausgebaut werden. Erstes sichtbares Zeichen war die Gründung der Servicestelle Friedensbildung.

Wie es nun drei Jahre später um die Friedensbildung steht, darauf gibt das vorliegende Buch erste Antworten.

Der Band dokumentiert die Vorträge der Ringvorlesung „Erziehung zur Friedensliebe – Annäherungen an ein Ziel aus der Landesverfassung“, die im Wintersemester 2016/2017 im Studium Generale der Universität Tübingen durchgeführt wurde, und bie-

tet eine höchst interessante Themenbreite. Sie geben dazu Anlass, über die Ziele, Inhalte, Methoden und den gegenwärtigen Stand der Friedensbildung neu zu reflektieren.

Jessica Caus geht auf den Friedensbegriff in den deutschen Landesverfassungen ein, dem alle Bundesländer oberste Priorität einräumen, ohne jedoch zu definieren, was genau damit gemeint ist.

Otfried Höffe betont in seinem Beitrag die herausragende Bedeutung von Immanuel Kant, bei dem der Friede zu einem unbedingt gültigen, einem moralischen Gebot wird, zu einem „kategorischen Friedensimperativ“.

Hanne-Margret Birkenbach plädiert dafür, eine zeitgemäße Vorstellung von Frieden zu erarbeiten. Für sie ist Friedensarbeit immer auch Beziehungsarbeit. Sie ermutigt zum friedenslogischen Denken und Handeln und stellt die Frage, wie eine Praxis entwickelt werden kann, die den fünf friedenslogischen Handlungsprinzipien – Gewaltprävention, Konflikttransformation, Dialogverträglichkeit, globalverträgliche Interessenentwicklung und reflexives Denken – besser entspricht als die gegenwärtige Praxis.

Ulrich Hermann zeigt in seinem Beitrag eindrucksvoll auf wie eine massenhafte Verführung zur Militarisierung und Kriegsbegeisterung zum ersten Weltkrieg führte.

Wolfram Wette geht in seinem Beitrag auf die friedenspolitischen Lernprozesse nach 1945 ein und wie schnell aus der Nachkriegsstimmung „Nie wieder Krieg“ und „Nie wieder Militär“ zwar einerseits das Friedensgebot im Grundgesetz verankert wurde, andererseits in den Folgejahren die Wiederbewaffnung Westdeutschlands, die Nachrüstung (1979-1984) und der Wandel von der militäri-

Simon Meisch, Uli Jäger, Thomas Nielebock: Erziehung zur Friedensliebe – Annäherungen an ein Ziel aus der Landesverfassung Baden-Württemberg. Baden-Baden 2018; 346 Seiten; 64 Euro



schen Zurückhaltung zur militarisierten Außenpolitik durchgesetzt wurde. In diese Zeit fiel auch die staatliche Förderung einer Friedens- und Konfliktforschung, die heute weitgehend abgebaut ist. Die eigenständige Friedenspädagogik ist heute ein kleines Pflänzchen und die institutionelle Randständigkeit wirft für ihn Fragen auf.

Für die aktuelle Diskussion ist der Beitrag von Larissa Berner und Fabian Fleischer von großer Bedeutung, denn sie machen eine Bestandsaufnahme der gymnasialen Bildungspläne 2016 für die Fächer Chemie und Physik sowie Geschichte und Gemeinschaftskunde. Drei studentische Projektgruppen gingen der Frage nach, wie viele Anknüpfungspunkte und Potenzial für eine Erziehung zur Friedensliebe in den neuen gymnasialen Bildungsplänen zu finden sind. Sie kommen zu dem Schluss, dass „Ansätze einer Erziehung zur Friedensliebe durchaus erkennbar geworden sind, von einem umgesetzten, flächendeckend verankerten Erziehungsziel in den Bildungsplänen aber nicht die Rede sein kann“. Das ist für die Servicestelle Friedensbildung und die Friedensgruppen in Baden-Württemberg eine Steilvorlage, genau dies in der Weiterentwicklung der Bildungspläne einzufordern.

Im abschließenden Beitrag geht Uli Jäger auf die Grundzüge einer zeitge-

mäßen „Erziehung zur Friedensliebe“ an Schulen ein. Sein Konzept „Friedensbildung 2020“ lässt sich gedanklich an der Vorstellung einer „Modellschule Friedensbildung“ zeigen, für die er bestimmte Merkmale angibt. Er denkt aber noch weiter, denn es fehle ein Lehrstuhl für Friedensbildung und eine systematische Förderung friedenspädagogischer Programm- und Projektlinien. Baden-Württemberg hat sich auf den Weg gemacht, der Frie-

denspädagogik stärkeres Gewicht zu verleihen. Neben den Friedensorganisationen haben andere Akteure wie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und die Kirchen die Bedeutung der Friedenspädagogik entdeckt und bauen ihre eigene Infrastruktur aus.

Das vorliegende Buch kann diese Ansätze verstärken und in der Diskussion mit der Landesregierung da-

für sorgen, dass die Friedenspädagogik in die Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer stärker verankert wird und in Universitäten und Pädagogischen Hochschulen die Friedenspädagogik als Querschnittsaufgabe in die Lehrerbildung aufgenommen wird. Baden-Württemberg könnte als Blaupause für andere Bundesländer dienen, damit die Friedensbildung bundesweit einen höheren Stellenwert erhält. <<



Why? Ärger! Zustimmung! Dankbarkeit!

Zur Titelgeschichte der *ZivilCourage* Nr. 4/2018

Ich bin sehr verärgert über den Abdruck eines kriegstreiberischen Artikels aus der *Jungle World* in unserer DFG-VK-Friedenverbandszeitschrift *ZivilCourage*.

Diese neoliberale Postille (*Jungle World*) für Nachwuchs-PostenjägerInnen bei Medien und Stiftungen wirbt schon seit Jahren aktiv für die israelische Armee. Dabei hat man z.B. Positionen, die sich gegen die völkerrechtswidrige israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete der Westbank (Westjordanland) seit 1967 richten, noch nie in diesem von Jürgen Elsässer mitgegründeten Blatt gelesen.

Und nun diese vorbereitende Kriegshetze, oder sollte man das Fachwort „Bellizismus“ benutzen?

Warum dann nicht gleich Artikel zu Wehrpflicht/Armee aus der *Nationalzeitung* oder *Deutsche Stimme* (NPD) in der *ZivilCourage* diskutieren? Oder stellvertretend den Weg des Jürgen Elsässer vom Gründer und Chef-

redakteur der *Jungle World* mit damals antinationalen, später „antideutschen“ Positionen, hinein ins rechts-extreme Lager, nunmehr als Chefredakteur von *Compact*?

Die *ZivilCourage* als Mitgliederzeitschrift unserer DFG-VK muss sich entscheiden, wem sie eine Plattform bieten will: Pazifist*innen und Antimilitarist*innen oder auch linksdrapierten Kriegshetzern.

Rüdiger Deissler

Der Text aus der *Jungle World* legt den Schluss nahe, dass dies eben – entgegen der eigenen Selbstdarstellung – keine linke Zeitung ist. Dazu passt auch, dass sie noch vor kurzem die Untätigkeit der USA in Syrien bedauerte. (<https://jungle.world/artikel/2018/28/krieg-der-deeskalationszone>)

Ansonsten ist den ausgezeichneten Entgegnungen von Bernd Drücke und Gernot Lennert – von der *Jungle World* bezeichnenderweise nicht veröffentlicht – wenig hinzuzufügen.

Werner Haertel

Wir werden von unseren gewaltfrei-anarchistischen und antimilitaristischen Bündnispartnern in Flensburg damit konfrontiert, die auch die *ZivilCourage* gelesen hätten und nachgefragt haben, ob das etwa die Strategie der DFG-VK Flensburg sei, ein rechtsgewendetes Blatt dazu zu verwenden, andere Linke zu denunzieren, indem Positionen unterstellt werden, die sie gar nicht vertreten. Natürlich nicht! Der bündnispolitische Schaden dieser Veröffentlichung konnte noch abgewendet werden.

Laut Wikipedia versteht sich die *Jungle World* insbesondere als „dediziert nicht antizionistisch, antisemitisch und antiamerikanisch“. Infolgedessen werde der dem politischen Spektrum des Antiimperialismus zuzurechnende Teil der Linken in der *Jungle World* regelmäßig vehement kritisiert.

Ein Autor der *Jungle World* ist von Beginn an Jürgen Elsässer. Wikipedia zitiert den Politologen Lang, der Elsässer als ehemaligen „kommunistischen“ Lehrer beschreibt, der heute in einem „informellen, antiamerikani- >>

» schen und prussischen Netzwerk“ Einfluss habe und eine „populistische Querfront“ anstrebe. Elsässer habe sich von einem „antideutschen Publizisten“ zu einem „(rechts-)populistischen Agitator“ entwickelt, mit gleitenden Übergängen vom „Antideutschen zum Antiimperialisten und dann zum Deutschnationalen“. Mit seiner Wortwahl kokettierte Elsässer in jüngster Zeit „auffallend häufig [...] bewusst haarscharf am Sprachgebrauch der Nationalsozialisten vorbei“. Lang attestierte ihm einen „Ritt am Rande des Abgrunds zum Rassismus“.

Aus der Internetpräsentation der *Jungle World* geht hervor, dass dieses Blatt systematisch und zielgerichtet versucht, Querfrontpositionen zu propagieren, beispielsweise werden Pegidademonstrationen verharmlost mit der Überschrift „Nicht jeder hier ist Nazi“. Elsässer war ja auch Redner bei Pegida.

Der militaristische Staat Israel, der Kriegsdienstverweigerer einsperrt, wird hofiert, seit die Redaktion sich von der Bundesregierung die „Reise nach Jerusalem“ finanzieren ließ, und kein Kriegsverbrechen Israels in den besetzten Gebieten ist schlimm genug, dass die *Jungle World* nicht doch noch Verständnis dafür aufbrächte. Die Autorin des „Zu den Waffen Genossen“-Artikels ist sicher keine „Linke“. Sie hat auf einer AStA-Veranstaltung in Karlsruhe die Kritik zionistischer Kriegführung als antisemitisch denunziert ganz im Sinne der israelischen extremen Rechten um Netanyahu. Nach ihrer „Logik“ wären jüdische Friedensaktivisten wie der leider jetzt verstorbene Uri Avnery oder Daniel Barenboim oder Evelyn Hecht-Galinski oder Adam Keller auch Antisemiten.

Die DFG-VK tut sich leider schwer damit, sich von Querfront-Bestrebungen klar abzugrenzen, erkennbar an der Unterstützung von „Ramstein“ oder am Auftritt von Daniele Ganser, der von einer DFG-VK-Gliederung mitveranstaltet wurde. Ein Mangel an historisch-politischer Bildung wird offensichtlich sowie die Unkenntnis theore-

tischer Grundlagen pazifistischer und sozialistischer Politik. Sonst wäre es doch nicht möglich, dass *Civil Courage*-Autoren auf den Mythos hereinfallen, die *Jungle World* wäre eine „linke“ Zeitschrift.

Ralf Cüppers

(Die ungekürzte Fassung dieses LeserInnenbriefs findet sich auf der Internetseite der *Civil Courage*: <https://www.dfg-vk.de/verbandszeitung>)

Dankbar bin ich Bernd Drücke für seine Klarstellungen zum *Jungle World*-Artikel, in dem von Lena Rackwitz aus der Notwendigkeit „die eigenen analytischen Fähigkeiten zu stärken“ viele fatale Folgerungen gezogen wurden. Weil m.E. zu den subjektiven und situativen Elementen immer auch die objektiven und sozialen hinzu kommen, unterstütze ich das „Friedensgutachten 2018“ (S. 33). Mit radikaler Kritik versehe ich die „Zeiten des Neoliberalismus“ (auf S. 21 werden sie für die Satzungsüberarbeitung der DFG-VK als Grund genannt):

1. Ein übergroßer Teil „meines“ und „öffentlichen“ Denkens und Tuns wird durch gewaltförmige und herrschaftsgeile Bedingungen in der falsch geleiteten Erwachsenensozialisation und „unserer“ Gesellschaft bestimmt.

2. Die Existenzbedrohung allen Lebens auf der Erde nahm durch die menschengesteuerte Entwicklungen der vergangenen 250 Jahre rasant und in meiner 70-jährigen Lebenszeit exponentiell zu.

3. Die gängigen Erklärungen, persönlichen Verhaltensmuster und gesellschaftliche Aktivitäten scheinen relativ zur Macht und Komplexität der ständig fortschreitenden Zerstörungen zu schwach, um „das Boot kurz vor dem Wasserfall am Ufer zu vertauen“ (frei nach Rudolf Bahro).

4. In diesem Negativszenario bauen Berichte und Aktionen, wie sie von der *Civil Courage* bekanntgemacht und angeregt werden, auf.

Daraus folgt für mich 5. persönliches Weiterlernen, Verzicht und Solidarität üben, sich politisch engagieren.

Daraus folgere ich für gesellschaftliches Denken und Handeln 6. Kritik und gewaltfreier Widerstand gegen aktuelle Entwicklungen, wie „wir“ sie bei lebensfördernden Aktivitäten seit „den 1968er Jahren“ lernten.

Daraus folgere ich in philosophisch-kultureller Hinsicht 7. Hoffnung auf einen „Menschheitsfrühling des gewaltfreien Anarchismus“ (frei nach Ferdinand Groß).

Georg Fischer

Zum Artikel „Facebook – ‚Gefällt mir nicht!‘“ von Frans Valenta in *Civil Courage* Nr. 3/2018

Ich bin gerade Mitglied der DFG-VK geworden und bekam dankenswerterweise gleich ein Exemplar der *Civil Courage* zugeschickt. Ein sehr gut aufgemachtes Magazin mit ansprechendem und „optimistischem“ Layout, das Lust auf Widerstand macht und mich angesichts der beschriebenen furchtbaren Fakten eben nicht verzagen lässt. Sehr gut die Themen Bundeswehr und Schulen, „Global denken und vernetzt handeln“ sowie der Artikel über Facebook. Den las ich zuerst, weil mir noch die neue Studie „Antisemitismus 2.0“ der TU Berlin im Magen liegt: Noch nie vorher war Antisemitismus derart verbreitet! Die sog. „sozialen Netzwerke“ helfen dabei erheblich mit.

Warum das so ist, habe ich kürzlich bei Jaron Lanier gelesen. Vor wenigen Wochen erschien sein sehr gut lesbares Buch „Ten Arguments For Deleting Your Social Media Accounts Right Now“. Lanier ist selbst sog. „Techie“ aus dem Silicon Valley, hat die virtuelle Realität technisch entwickelt und war von Anfang an in die Entwicklungen von Google, Facebook u.a. vor allem in technischer Hinsicht eingeweiht. Lanier beschreibt die gigantische Abhörtechnik, mit der Facebook und Google ihre Milliarden machen. Quintessenz dieses Buches ist die vollendete Manipulation und Umformung der Social-Media-Nutzer zu braven und hörigen Opfern der Werbung, also zu Konsumenten mit höchstmöglicher



TAGESBEFEHL!

Soldatinnen und Soldaten!

Es brennt im Moor – und alle Luschis fürchten um ihre Bioradieschen, den blauen Himmel und den Moowurm. Und wer war's? Natürlich wir! Aber jetzt mal langsam. Erstens dienen wir Deutschland! Zweitens weiß jedes Kind: Wo gehobelt wird ..., also: Wo getestet wird, da brennt auch mal die Hütte ab! Und drittens haben wir überhaupt nicht getestet, das waren unsere Kameraden von Airbus! Und trotzdem waren wir vor Ort, mit allen unseren Restbeständen aus dem Reservedepot: der letzten gerade nicht defekten Löschraupe, einem vorübergehend flugfähigen Hubschrauber und diesem Wahnsinnslöscheimer Smokey, bei uns „Pisspott“ genannt. Kennen Sie das von einer Übung? Fünf Tonnen Löschwasser fasst das und dann Klappe auf, runter mit dem Saft und unsere Panzergrenadiere spannen den Regenschirm auf! Junge, Junge ..., aber nur, wenn der Heli auch alles tragen kann! War halt diesmal nicht so, nur 50 % Beladung möglich. Logisch, nach ein paar Tagen haben wir dann auch die 112 angerufen und die Kameraden von der Feuerwehr mussten ran, THW, Freiwillige. Aber Schwamm drüber, unsere Ministerin hat sich für uns entschuldigt, wir sind halt auch keine Feuerwehr, und der Moowurm lässt sich auch mal vom THW retten. Und wir dienen weiterhin Deutschland!
gez. Alex von Ligua, Feldpostmeister

Kaufkraft. Die Psychomechanik hinter diesem ausgeklügelten Aushorch- und Suggestiersystem wird von einem Dutzend Mega-Servern gestützt, in die etwa bei Facebook allein Herr Zuckerberg und seine Techniker Einblick haben und sonst niemand.

Es drängt sich mir deutlich der Wunsch auf, die DFG-VK möge doch angesichts dieser Misere bitte komplett auf Facebook verzichten - es muss ja nicht für immer sein (wie auch Lanier sagt). Und da gibt es noch etwas anderes, was wohl kaum jemand weiß, der/die einen Facebook-Account hat: Niemand kommt auf eine Facebook-Seite, der/die sich nicht auch einloggen kann! Da fällt sofort die Maske mit dem Login-Feld und der Aufforderung, einen Facebook-Account zu gründen. Zwar gibt es da noch den kleinen freundlichen Button „jetzt nicht“, doch der funktioniert nur für ein paar Sekunden, dann ist der Content wieder mal verschleiert. Das ist „gated Community“ und eine solche kann die DFG-VK niemals sein!

Martin Rzeszut

Zum Leserbrief von Ralf Cüppers „Ein Gespenst geht um in der DFG-VK – das Gespenst des Kommunismus“ in *CivilCourage* Nr. 3/2018

So sehr ich den Großteil der heutigen pazifistischen Arbeit von Ralf Cüppers und des Landesverbands Schleswig-Holstein schätze, halte ich es für nötig, auf wenigstens einen Satz einzugehen: „Mir persönlich ist kein Mitglied bekannt, der meinetwegen oder wegen meiner Partei die DFG-VK verlassen hätte.“

Die DFG-VK Mainz hatte einen aus Gotha in der DDR Geflüchteten als aktives Mitglied gewinnen können. Er war über die ungarisch-österreichische Grenze geflüchtet, als sie 1989 leicht überwindbar geworden war. Er entschied sich für die DFG-VK, weil die Mainzer Gruppe im Gegensatz zu den anderen ihm bekannten Friedensgruppen nicht DKP-orientiert war. Er war entsetzt über den DFG-VK-Sonderbundeskongress zur Aufarbeitung des DKP-Einflusses auf die DFG-VK: „So viele Kommunisten auf einem Haufen habe ich noch nie gesehen.“

Am schlimmsten fand er den „Müll-DKPisten“, der verkündete, dass man von den Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion nichts habe wissen können, bevor Gorbatschow sie offengelegt hatte. Es folgte dann der Austritt mit ausdrücklichem Verweis auf den massiven DKP-Einfluss in der DFG-VK.

Gernot Lennert

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die DFG-VK-Grundsatzserklärung und werde deshalb Mitglied der DFG-VK.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ + Ort

Straße + Hausnummer

Telefon

E-Mail

Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der DFG-VK gespeichert werden.

Datum

Unterschrift

Beitragsstufen

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- Förderbeitrag Stufe 6 29,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 5 22,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 4 15,00 Euro
- Normalbeitrag Stufe 3 10,00 Euro
- Ermäßigter Beitrag Stufe 2 5,00 Euro
- Mindestbeitrag Stufe 1 2,00 Euro

(Die Stufen 1 und 2 sind nur per halbjährlichem Bankeinzug möglich.)

Darüber hinaus spende ich monatlich Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig Euro.

Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen)

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

KontoinhaberIn

IBAN

BIC

Datum

Unterschrift



Das DFG-VK-Spendenkonto
IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC: BFSWDE33XXX

Die ZivilCourage-Karikatur



✂️.....
Friedlich denken allein ändert nichts. Werde Mitglied der DFG-VK!

Bitte die Rückseite ausfüllen und in einem Fensterumschlag schicken an:

DFG-VK-Bundesverband
Werastraße 10
70182 Stuttgart



Die Grundsatzklärung der DFG-VK:

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.